

2017-11-21

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040

**Niederschrift****über die Sitzung des Stadtrates am 06.09.2017**

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 21:12 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Leitung der Sitzung: Herr Lothar Ehm Stadtratsvorsitzender
 Herr Frank Hoffmann 1. Stellvertreter
 Frau Angelika Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 44**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:**Fraktion der CDU**

Gebhardt, Roland	entschuldigt
Kolze, Jens	entschuldigt
Müller, Christa	entschuldigt
Schwabe, Jörg	entschuldigt

Fraktion der SPD

Tschammer, Hans	entschuldigt
-----------------	--------------

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Trocha, Harald	entschuldigt
----------------	--------------

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, eröffnete die 27. Sitzung des Stadtrates und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 42 Stimmberechtigten fest.

Herr Ehm gab den Austritt von Herrn Hans-Peter Dreibrodt aus der SPD-Fraktion bekannt.

2 Verleihung der Fritz-Hesse-Medaille an Herrn Dr. Ulrich Plettner

Herr Oberbürgermeister Kuras legte dar, dass es ihm eine große Ehre ist, den heutigen Rahmen zu nutzen, um eine Laudatio für einen besonderen Menschen zu halten, der sich aufgrund seines unermüdlichen Engagements für die ihm zur Heimat gewordenen Stadt Dessau-Roßlau verdient gemacht hat. Er begrüßte Herrn Dr. Ulrich Plettner.

Dr. Ulrich Plettner ist am 02. Juni 1937 in Dresden geboren und lebt seit 1949 mit seiner Familie in Dessau, nachdem er die angloamerikanischen Bombenangriffe auf Dresden überlebt hatte. Er ging in Dessau zur Schule und absolvierte seine Ausbildung in Magdeburg und Leipzig mit dem Abschluss eines Medizin-Studiums als Facharzt für Chirurgie. Von 1972 bis 2002 übernahm er die Leitung des Diakonissenkrankenhauses in Dessau.

Gesellschaftlich war Herr Dr. Plettner sowohl in allen Jahren seines aktiven Arbeitslebens als auch seit dem Beginn seines Ruhestandes sehr engagiert. Herr Oberbürgermeister Kuras nannte einige Aktivitäten für die Herr Dr. Plettner als Person steht:

1982 hatte er einen entscheidenden Anteil an der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft mit den Namen „Christliche Ärzte“ und gestaltete in diesem Zusammenhang jährlich stattfindende Kongresse. Kurz nach der politischen Wende wurde er im Jahr 1990 in den Dessauer Stadtrat gewählt, welchem er 20 Jahre angehörte und bei dem er sich anfangs in der Gesundheitspolitik, später im Bereich Kultur, engagierte und das bis zum heutigen Tage. Denn Herr Dr. Plettner war nicht nur Mitbegründer der „Kurt-Weill-Gesellschaft“ in Dessau, er setzte sich auch mit viel Herzblut für das Anhaltische Theater ein. Der „Freundeskreis des Dessauer Theaters“ und die Bürgerstiftung der „Freunde des Dessauer Theaters“ sind nur zwei seiner Projekte. 2007 kam mit der Gründung des „Fördervereins Mausoleum“ ein weiterer kultureller Leuchtturm unserer Stadt hinzu, der seine besondere Aufmerksamkeit genoss. Ein Jahr später wurde durch Herrn Dr. Plettner die Goethe-Gesellschaft Dessau als „Anhaltische-Goethe-Gesellschaft“ wiederbelebt, um im Land Sachsen-Anhalt über die Stadtgrenze hinaus zu wirken.

Für seinen außerordentlichen Einsatz im kulturellen Bereich unserer Stadt erhielt er am 5. November 2008 die Verdienst-Medaille des Verdienst-Ordens der Bundesrepublik Deutschland aus den Händen des damaligen Ministerpräsidenten Herrn Prof. Wolfgang Böhmer.

2012 gründete Herr Dr. Plettner mit zwei Theologen den „Christlich-Jüdischen Gesprächskreis“ in dem sich Vertreter der christlichen Gemeinde St. Georg und der Jüdischen Gemeinde zu Dessau regelmäßig zu gemeinsamen Themen austauschten. Herr Oberbürgermeister Kuras dankte der jüdischen Gemeinde zu Dessau, unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Wassermann, für den Vorschlag dieser Ehrung sowie der SPD-Fraktion, unter Vorsitz von Herrn Eichelberg, die diesen Vorschlag ausdrücklich unterstützt und an die Verwaltung herangetragen hat. Die Mitglieder des Haupt- und

Personalausschusses sowie die Mitglieder des Stadtrates haben diesem Vorschlag im Juni einstimmig zugestimmt.

Es ist ihm eine besondere Ehre, Herrn Dr. Plettner in Anbetracht seiner herausragenden Leistungen im kulturellen Bereich mit der Fritz-Hesse-Medaille, der höchsten Auszeichnung der Stadt Dessau-Roßlau, auszuzeichnen. Herr Dr. Plettner hat sich nicht nur um unser Anhaltisches Theater verdient gemacht, sondern fördert mit seinem ehrgeizigen Bestreben den interreligiösen Austausch und damit den Zusammenhalt in unserer Stadt.

Nach dem Verlesen der Ernennungsurkunde überreichte Herr Oberbürgermeister Kuras im Namen der Stadt Dessau-Roßlau die Fritz-Hesse-Medaille an Herrn Dr. Plettner und gratulierte ihm gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ehm zu diesem Erfolg.

Herr Dr. Plettner dankte für die Auszeichnung und erklärte an Herrn Oberbürgermeister Kuras gewandt, dass ihm mit dieser Auszeichnung der Zugang zu unserem Ministerpräsidenten erleichtert wird, den er bitten möchte, sich im Engagement für den Anbau einer Synagoge unserer jüdischen Mitbürger stärker einzusetzen. Bis zum 8. November 2018 besteht noch die Chance, zum 40. Gedenktag ein kleines Zeichen von Wiedergutmachung zu geben. Abschließend teilte Herr Dr. Plettner mit, dass er diese Medaille zurückgeben wird falls die Stadt Dessau-Roßlau den Bindestrich streicht.

Während des Tagesordnungspunktes erschienen Herr Präger, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen und Frau Stabbert-Kühl, Fraktion Die Linke zur Sitzung.

3 Beschlussfassung der Tagesordnung

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, gab bekannt, dass die unter dem **Tagesordnungspunkt 8.8** eingeordnete Beschlussvorlage Nr. 250/2017/II-20BTM - Entschädigungsleitlinie der Stadt Dessau-Roßlau für Vertreter/Vertreterinnen der Stadt Dessau-Roßlau in städtischen Unternehmen - seitens des Einreichers **zurückgezogen** wird.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, erklärte, dass aufgrund der Diskussion in der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses und dem daraus resultierenden Beratungsbedarf die seitens der Fraktion eingereichte Vorlage Nr. 005/2017/CDU, TOP 8.4 – Straßenbenennung – Dr.-Helmut- Kohl-Chaussee - bis zur Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 27.09.2017 und bis zur abschließenden Beschlussfassung in der Sitzung des Stadtrates am 18.10.2017 zurückgestellt wird. Er dankte allen Fraktionen für die konstruktive Diskussion und den Konsens, Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl mit der Benennung einer Straße mit seinen Namen zu ehren. Er war nicht nur der Kanzler der Deutschen Einheit und Ehrenbürger Europas, sondern er hat sich auch für unsere Stadt engagiert, indem er zielführend verantwortlich für die 1988 entstandene Städtepartnerschaft zwischen seiner Heimatstadt Ludwigshafen und der Stadt Dessau war. In diesem Zusammenhang bat er die an der Diskussion beteiligten Fraktionen um Einreichung ihrer Vorschläge bis zum 26.09.2017.

Herr Hoffmann, 1. Stellv. Vorsitzendes des Stadtrates und Fraktion Die Linke, beantragte die Absetzung des Tagesordnungspunktes 8.1, Vorlage 006/2017/Stadtrat -Bekennnis zur Doppelstadt Dessau-Roßlau. Der Antrag beinhaltet zum einen im Umkehrschluss seines Inhaltes eine unzutreffende Unterstellung und ist zum anderen nötigend, weil er er vermutet, dass er als juristisches Argument gegen die Rechtmäßigkeit der Beschlussvorlage 002/2017, TOP 8.2 – Durchführung einer Bürgerbefragung zur Umbenennung der Stadt Dessau-Roßlau in Dessau – dienen soll, was er für einen fragwürdigen Vorgang hält. Falls diesem Antrag nicht gefolgt wird, beantragt er, diesen gemäß der Geschäftsordnung nach dem Tagesordnungspunkt 8.2 einzuordnen, da die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte dem Grunde nach durch das Datum der Einreichung bestimmt wird, was an der Nummerierung erkennbar ist und die unter dem Punkt 8.2 eingeordneten Beschlussvorlage vorher vorlag.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf die heute ausgereichte geänderte Beschlussvorlage zum TOP 8.1 und auf den ebenfalls heute ausgereichten Änderungsantrag zum TOP 8.2.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, äußerte sich gegen die Absetzung des TOP 8.1

Der Antrag zur Absetzung des Tagesordnungspunktes 8.1 wurde mehrheitlich **abgelehnt** (16:19:10).

Der Antrag, den Tagesordnungspunkt 8.1 nach dem Tagesordnungspunkt 8.2 zu behandeln, wurde mehrheitlich angenommen (22:15:08).

Die **Tagesordnung** wurde in **geänderter Form mehrheitlich beschlossen** (38:06:01).

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes erschien Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen zur Sitzung.

4 Genehmigung der Niederschriften vom 21.06.2017 und 24.07.2017

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** bat darum, in der Niederschrift vom 3. Mai 2017 die Ist-Zahl der anwesenden Stadträte von 39 auf 38 und in der Niederschrift vom 22. März 2017 die Ist-Zahl der anwesenden Stadträte von 41 auf 40 zu ändern.

Die Niederschrift vom 21.06.2017 wurde mehrheitlich genehmigt (38:00:07).

Bezüglich der Sondersitzung am 24.07.2017 machte **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates,** darauf aufmerksam, dass die unentschuldigt gefehlten Stadträte eine Ordnungswidrigkeit begangen haben. Die Stadträte sollten sich zukünftig an die Kommunalverfassung halten und ihre Pflicht zur Teilnahme an den Sitzungen wahrnehmen.

Die Niederschrift vom 24.07.2017 wurde mehrheitlich genehmigt (27:00:18).

5 Berichte des Oberbürgermeisters

5.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Kuras begann seinen Bericht mit einem **kurzen Rückblick:**

Im Juli fand das 12. Leopoldsfest und Ende August das 26. Heimat- und Schifferfest statt.. Beide Feste waren wieder Anziehungspunkte für zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sowie Gäste unserer Stadt. Mit der **Eröffnung der 223. Spielzeit des Anhaltischen Theaters** und dem parallel stattfindenden **Bauhausfest** am vergangenen Wochenende sind die Schergewichte der Feierlichkeiten dann komplett. Er dankte allen Beteiligten.

Neben Altbewährtem wurde bei den Stadtfesten in diesem Jahr zudem die Gelegenheit genutzt, unser **10-jähriges Stadtjubiläum** entsprechend zu würdigen. Während es beim Leopoldsfest ein besonderes Stadtpuzzle gab, stand das Schifferfest unter dem passenden Motto:

„10 Jahre Dessau-Roßlau, wir sitzen alle in einem Boot“. Zutreffender könnte er das nicht formulieren. Die Gespräche zwischen beiden Stadtteilen müssen wieder intensiviert werden, weshalb er die Dienstberatung wie angekündigt am vergangenen Dienstag in das Rathaus Roßlau verlegt und gemeinsam mit dem Ortschaftsrat Roßlau durchgeführt hat. Er blickt mit gewisser Sorge auf die aktuellen Diskussionen um den Stadtnamen. Es könne nicht vergessen werden, dass in den letzten 10 Jahren gemeinsam viel erreicht wurde. In Roßlau wird intensiv am Ausbau des Industriehafens und des Breitbandes gearbeitet. Wir stehen mit dem Land im engen Kontakt, was die Ortsumgehung der B 184 angeht und wir investieren in Schulen, die wieder steigende Schülerzahlen verzeichnen. In Dessau haben wir am 26. Juni im Beisein des Ministerpräsidenten und des Bauministers die neue Friedensbrücke am Stadteingang Ost eröffnet, was ein weiterer Erfolg für unsere Doppelstadt ist. Diesen Weg gilt es weiter fortzusetzen und er dürfe nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Unsere Stadtmarketinggesellschaft arbeitet ständig daran, das Image unserer Doppelstadt aufzupolieren und sie bestätigt seine Haltung, dass wir beide Stadtteile gezielt vermarkten können, also die Schifferstadt und die Bauhausstadt, ohne dabei den offiziellen Stadtnamen ändern zu müssen. Am 2. August fand der 2. Workshop zum Markenbildungsprozess statt. Er bat die Stadträte darum, diese Hinweise und seine Sorgen um den Erhalt unserer Doppelstadt bei den später folgenden Beschlussfassungen zu berücksichtigen.

Bei dem Thema Vermarktung bleibend, verwies er darauf, dass er im vergangenen März vom erfolgreichen Beitritt unserer Stadt in die sozialen Medien berichtet hat. Seit dieser Zeit wird ein wachsendes Interesse, verbunden mit steigenden Nutzerzahlen, verzeichnet. Den Hinweis der CDU-Fraktion zu einem zweiten identischen Twitterkanal mit dem Namen Dessau wurde dankend

zur Kenntnis genommen und der momentane Sachverhalt geklärt. Am 27. Juli haben wir den nächsten Schritt zur Aufpolierung unseres digitalen Images in Angriff genommen und unsere neue städtische Internetseite der Öffentlichkeit präsentiert. Damit konnten wir den Wunsch vieler Bürger gerecht werden, da die alte Website ziemlich in die Jahre gekommen war, denn dass wir uns vor allem auch für die jüngeren Zielgruppen interessant machen müssen, ist erst wieder am 14. August beim Regionaldialog des Landes im Rahmen der **Demografiewoche** deutlich geworden. Ein besonderer Diskussionschwerpunkt lag dabei in der Förderung der Jugendkultur in unserer Stadt. Auch die Gründung eines Jugendbeirates oder Jugendbeauftragten hat er angeregt. Diese Idee wurde direkt vom Sozialdezernenten Herrn Krause aufgenommen und auch von anderen Seiten wurde uns eine Zustimmung signalisiert. Eine weitere Beschlussvorlage zu diesem Thema steht heute auf der Tagesordnung. Gemeinsam muss überlegt werden, welche Hebel eingesetzt und was wir damit erreichen wollen.

Auf die Ehrung unseres einstigen Fürsten eingehend, hat Herr Oberbürgermeister Kuras mit großer Freude die Teilnahme vieler Stadträtinnen und Stadträte am 9. August zur Kenntnis genommen, als anlässlich des **200. Todestages von Fürst Franz** ein Kranz vor dem Denkmal in der Johannisstraße niedergelegt wurde. Nur einen Tag später hat eine **neue Statue des Fürsten** an ihrem alten Standort im Georgengarten ihren Platz gefunden, wofür er allen Beteiligten herzlich dankte. Er empfahl die neue **Ausstellung** „Der Fürst in seiner Stadt. Leopold Friedrich Franz und Dessau“ und lud alle ein, sich persönlich noch bis zum 22. Oktober von der Qualität in der Orangerie zu überzeugen.

Aktuelle Arbeitsstände

- **Landesgartenschau:** Am 25. August hat Herr Oberbürgermeister Kuras gemeinsam mit dem Stadtplanungsamt ein Treffen mit dem Ministerpräsidenten wahrgenommen, um über mögliche realisierbare Teilprojekte des ursprünglichen LAGA-Konzeptes zu verhandeln. Dabei wurde uns die Förderung folgender vier Projekten in Aussicht gestellt: Verengung der Askanischen Straße, die Umfeldgestaltung des historischen Arbeitsamtes, die Sanierung des Spielplatzes im Stadtpark und die Neugestaltung der Wallstraße. Eine entsprechende Informationsvorlage zu diesen Projekten befindet sich heute auf der Tagesordnung.
- **Sanierung Rathausfassade:** Seit Ende Mai 2017 erfolgt das Ausräumen der schadhafte Mauerwerksfugen am Rathausurm. Gemeinsam mit dem Baudezernat hat Herr Oberbürgermeister Kuras sich am 21. August persönlich ein Bild vor Ort gemacht und muss leider bestätigen, dass die Turmfassade weitaus stärker geschädigt ist als bisher festgestellt werden konnte. Bei der Sanierung haben nun Fragen der Sicherheit, Dauerhaftigkeit und Langlebigkeit absolute Priorität, aber auch bei der Frage des Gerüsts gibt es wirtschaftliche Aspekte. Aus diesem

Grund wurde zusätzlich in Absprache mit der Denkmalpflege ein beratendes Ingenieurbüro, welches über langjährige Erfahrungen und über ein hohes Spezialwissen bei der Sanierung vieler alter Bauweisen und Baukonstruktionen verfügt, hinzugezogen. Im Ergebnis dieser weiteren Untersuchungen können dann auch die voraussichtlichen Sanierungskosten und die Sanierungsdauer weiter konkretisiert werden. Es wird länger dauern und mehr kosten.

- **Sanierung Georgium:** Zurzeit werden Restaurierungs- und Konservierungsarbeiten an Wand- und Deckenoberflächen sowie die Aufarbeitung historischer Fensterkonstruktionen fortgeführt. Das angekündigte weitere Koordinierungsgespräch für den 4. Bauabschnitt mit den Fördermittegebern fand am 16. August statt. Im Rahmen dieses Gespräches wurden die geplanten Leistungen des 4. Bauabschnittes vorgestellt und die Antragstellung für die Bundes- und Landesförderung besprochen. Demnach steht die Zusage, dass der Bund 3. Mio. Euro, das Land 2. Mio. Euro und die Stadt 1. Mio. Euro für die Fortführung der Sanierung bereitstellen.
- Auf der Baustelle des **Ersatzneubaus Südschwimmhalle** geht es gut voran. Die Rohbauarbeiten sind abgeschlossen; zurzeit laufen die Arbeiten an der Fassade bzw. dem Dach sowie an den Edelstahlbecken. Der Innenausbau und die Arbeiten der technischen Gewerke sowie die Arbeiten in den Außenanlagen haben ebenfalls begonnen. Der erste Zwischenverwendungsnachweis wurde erstellt und fristgerecht zum 30. Juni beim Landesverwaltungsamt und dem Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt eingereicht. Was das Umfeld der alten Südschwimmhalle angeht, kann mitgeteilt werden, dass sich das Baudezeranat der Problematik angenommen hat und noch etwas Zeit benötigt. Informationen erfolgen so bald wie möglich.
- **Schulsanierungen:** Am 27. Juni haben wir den ersten STARK-III-Zuwendungsbescheid für die energetische und allgemeine Teilsanierung des Anhaltischen Berufsschulzentrums „Hugo-Junkers“ erhalten. Die Beschlussvorlage zur Projektumsetzung wird gegenwärtig erarbeitet. Am 28. Juni wurden durch die Investitionsbank Änderungen zur Zuordnung von Bauleistungen zur energetischen und allgemeinen Sanierung für STARK III ELER und EFRE-Plus-Projekte veröffentlicht. Das hat zur Folge, dass sowohl alle eingereichten und noch nicht bewilligten als auch alle noch in Vorbereitung befindlichen STARK-III-Anträge hinsichtlich der Aufteilung der energetischen und allgemeinen Kosten komplett überarbeitet werden müssen. Erst danach erfolgt die abschließende Prüfung durch die Investitionsbank. An der Überarbeitung der Anträge wird gegenwärtig gearbeitet, die Anfang September abgeschlossen werden soll.

- **Ersatzneubau Muldebrücke:** Nach der Verkehrsfreigabe am 26. Juni gilt es vor allem die verkehrliche Anbindung des Friederikenplatzes zu gewährleisten, die sich durch witterungsbedingte Verhältnisse leider verzögert hat, was in Verantwortung der Baufirma liegt. Mit der Anbindung ist nun Ende September zu rechnen, was den Autofahrern leider noch etwas Geduld abverlangen wird. Unser Baudezernat hat die situationsbedingte Ampelschaltung ständig im Blick.
- Am 31.08.17 gründete sich ein Kuratorium zum Neubau der Synagoge. Es handelt sich hier um einen Anbau, der aber eine eigene städtebauliche Qualität hat. Es wurde mit dem anwesenden Vizepräsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, Herrn Daino und mit Herrn Markworth beraten, welche finanziellen Mittel unter Umständen die Stadt zur Verfügung stellen kann gemeinsam mit dem regionalen Umfeld, aber auch, was evtl. das Land beitragen kann, denn bisher wurden nur für Magdeburg Gelder freigegeben. Als der Ministerpräsident am 1. September, eigentlich auf Anraten von Herrn Otto, hier zu Besuch war, um sich Gewerbegebiete anzuschauen, hat Herr Oberbürgermeister Kuras mit ihm darüber gesprochen und es wird auch ein gemeinsames Gespräch zwischen Vertretern des Kuratoriums und ihm geben mit dem Ziel, auch vom Land Geld zu erhalten.
- Am 29.08. hat die vom Haupt- und Personalausschuss angeregte gemeinsame Besprechung des Aufsichtsrates der DWG und der Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses stattgefunden, um zur weiteren Strategie der DWG Arbeitsrichtungen festzulegen.

Weitere Meldungen liegen aus folgenden Bereichen vor:

Aus dem Jugendamt:

- Nachdem Herr Oberbürgermeister Kuras gemeinsam mit dem Sozialdezernenten Herrn Krause und dem Seniorenbeauftragten Herrn Wolfram am vergangenen Sonntag die Seniorenwoche im Anhaltischen Theater eröffnet hat, sprach er allen Stadträten eine Einladung zur „Woche der Familie“ aus. Vom 19. bis 23. September gibt es viele interessante Angebote. Ein ausführliches Programm findet man im Programmflyer.
- Seit dem 17. August sind die Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes im Gesetzblatt veröffentlicht. Ab sofort können damit alle Kinder von Geburt bis zur Volljährigkeit bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen nach diesem Gesetz Unterhaltsvorschuss erhalten. Gegenwärtig sind bereits 530 Anträge eingegangen, die unser Jugendamt bearbeitet.

Aus dem Referat für Sportförderung:

- Über 7.000 Zuschauer sahen am 14. Juli im Dessauer Paul-Greifzu-Stadion den Champions League Teilnehmer und deutschen Vizemeister RB Leipzig in seinem Eröffnungsspiel der Saison 2017/2018 gegen den Verbandsligisten SV Dessau 05. RB Leipzig gewann die Partie am Ende mit 7:0.
- Am Sonntag, den 17. September heißt es wieder die Laufschuhe schnüren und mitmachen beim 19. Dessauer City-Lauf. Mit Strecken über einen Kilometer (dem Kinderlauf) sowie zwei, vier und 10 Kilometern ist für jeden die passende Laufstrecke dabei. Start und Ziel ist wieder am Rathaus-Center.
- Am 02.09. fanden die Landessportspiele für Behinderte statt. Zahlreiche Behinderte und Nichtbehinderte konnten sich einen Eindruck verschaffen, wie wichtig der Sport für die gesamte Gesellschaft ist. Es haben sich verschiedene Gymnasien der Stadt aktiv beteiligt, er dankte diesen und dem Stadtsportbund, ohne den das nicht funktioniert hätte.

Aus dem Amt für Kultur

- Die Sonderausstellung „Schatzkammer der Reformation“ eröffnete am 9. April und wurde bis zum 6. August verlängert. Insgesamt haben 2.777 Besucher die Ausstellung gesehen. Ein wichtiger Gesichtspunkt war die Nachhaltigkeit der Ausstellung durch die Entwicklung einer eigenen Website. Damit wurden die Grundlagen für eine weitere Erschließung und Digitalisierung der Fürst-Georg-Bibliothek geschaffen. In einer zweiten Projektphase sollen die in Dessau vorhandenen Bestände vollständig digitalisiert und auf der Website zugänglich gemacht werden.
- Was die Betreuung der Stadtpark-Spielebox betrifft, dankte er Herrn Krause für seinen Einsatz sowie der Arbeits- und Sozialförderungs-gesellschaft Dessau, konkret dem Geschäftsführer Herrn Heinze, der sich bereit erklärt hat, Träger für die AGH-Maßnahmen zur Betreuung der Spielebox im Stadtpark zu werden. In den vergangenen Jahren war die Stadt selbst Träger der Maßnahme. Der Personalrat erteilte allerdings in diesem Jahr seine Zustimmung nicht. Das Thema wird vor der Einigungsstelle verhandelt. Herr Krause hat bereits jetzt eine Möglichkeit gefunden, um nicht erst bis zum Ergebnis der Einigungsstelle warten zu müssen.
- Im Rahmen der Eröffnung des 26. Heimat und Schifferfestes wurde Herr Günther Dreibrodt mit der Fritz-Hesse-Medaille ausgezeichnet. Im Roß-lauer Festzelt wurde diese Auszeichnung mit großem Applaus gewürdigt.
- Am 23.08. fand ein außergewöhnliches Konzert statt, nämlich Handball trifft Klassik. Die Anhaltische Philharmonie spielte in der Anhaltarena, welche sehr gut besucht war. Er sprach die Hoffnung aus, dass die Anhaltische Philharmonie auch weiterhin Konzerte an ungewöhnlichen Orten geben wird.

Bauhausjubiläum 2019:

Hier sind die Planungen weiter auf einem guten Weg. Ein erster Programmentwurf, der zwischen Stiftung und Stadtverwaltung erstellt wurde, lag den Stadträten bereits zur Kenntnis vor. Nun gilt es die Finanzierung der Einzelprojekte zu sichern. Hier steht unser Kulturbeigeordneter, Herr Dr. Reck, in engem Kontakt sowohl mit dem Bauhaus als auch mit dem Land.

Gestern wurde in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters die Aufhebung eines Sperrvermerkes zur Durchführung einer experimentellen Werkstatt in Zusammenarbeit mit der Stiftung Bauhaus Dessau und der Hochschule Anhalt beschlossen. Eine Projektgruppe soll sich damit dem Projekt „Passagen“ aus dem Programmheft widmen, um die Gestaltung und Realisierung voranzutreiben.

Die Beschlussvorlage wird am 21. September im Ausschuss für Finanzen behandelt und liegt am 18. Oktober zur Entscheidung im Stadtrat vor.

Innerhalb der Stadtverwaltung findet in naher Zukunft eine Verständigung über die Einbeziehung des historischen Arbeitsamtes am August-Bebel-Platz statt. Hier wird nach einer geeigneten Variante gesucht, dieses wunderbar erhaltene Bauhausgebäude im Rahmen des Jubiläums für eine breite Öffentlichkeit erlebbar zu machen und gleichzeitig die fortwährende Arbeit des Amtes für Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten.

Zum Umgang mit dem ODF-Denkmal, das unmittelbar vom Baugeschehen des Bauhaus-Museums betroffen ist, wurde berichtet, dass am 28. August mit Hilfe eines 1:1 Modells ein direkter Blick auf die Situation vor Ort verschafft wurde. Gemeinsam mit Stadträten, Opferverbänden, Mitgliedern des Gestaltungsbeirates und Fachplanern konnte man sich auf einen Alternativstandort zwischen Springbrunnen und dem Wohnblock in der Kavalierstraße verständigen. Die Platzsituation am ursprünglichen Standort macht dies notwendig. Mit großer Mehrheit wurde dieser Standort befürwortet, der bereits in der ersten Beratung am 25. Januar eine große Zustimmung fand. Damit hat der Beschluss des Hauptausschusses vom 8. März weiterhin Bestand, der besagt: „Das Mahnmal für die Opfer des Faschismus wird an einem neuen Standort am Eingang zum Stadtpark zwischen dem Springbrunnen und dem Wohnblock Kavalierstraße 54/56 umgesetzt.“ In den nächsten Schritten gilt es nun, die Gestaltung eines würdevollen Umfeldes im Zuge der Umgestaltung der Kavalierstraße in Angriff zu nehmen.

5.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gab folgende nichtöffentliche Beschlussfassungen bekannt:

- Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Dessau-Roßlau an Herrn Dr. Ulrich Plettner
- Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Dessau-Roßlau an Herrn Günther Dreibrodt

6 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Herr Jakob Uwe Weber, Lebrecht-Diener-Straße 14, 06847 Dessau-Roßlau, berichtete, dass im Rahmen der Errichtung der Windräder im Landkreis Anhalt-Bitterfeld ein Fond von den Windkraftbetreibern gebildet wurde, der durch die Stadt Köthen (Anhalt) verwaltet wird und soziale Zwecke unterstützt. Er fragte, ob ein solcher Fond auch für die vier bestehenden Windräder im Bereich Dessau-Roßlau gegründet wurde. Darauf antwortete **Herr Oberbürgermeister Kuras** mit Nein.

Im Rahmen der Baumaßnahmen, die die Deutsche Bahn AG auf der Strecke zwischen Dessau und Roßlau vollendet hat, finden derzeit Restarbeiten statt, die auch eine mögliche Trassenführung der Umgehungsstraße um Roßlau betreffen könnten, fuhr **Herr Weber** fort. Er stellte die Frage, ob es betreffs Trassenführung Gespräche mit der Deutschen Bahn gibt.

Derzeit wird ein sogenanntes Standortgutachten von der Landesstraßenbaubehörde unter Mitwirkung der Stadt erarbeitet, wobei die einzelnen Trassenführungen überprüft werden, entgegnete **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Er sieht eine Beeinflussung durch die Bahn AG nicht gegeben. Das größte Problem war das Gelände der Schiffswerft Roßlau, dort haben aber Klärungen mit dem Unternehmen stattgefunden. Als Ärgernis betrachtet er eher das Umfeld des Güterbahnhofes, den die Bahn AG in einem unschönen Zustand hinterlassen hat. Es gibt Zusagen der Bahn AG, die bisher nicht eingehalten wurden, zum Beispiel behindertengerechte Aufgänge des Bahnhofes in Roßlau sowie die Verfüllung des Schachtes, der nicht mehr benötigt wird. Die Problematik war Gegenstand der Besprechung zwischen der Dienstberatung des Oberbürgermeisters und dem Ortschaftsrat Roßlau. Dazu wird es noch einmal mit der Bahn AG ein Gespräch geben.

Herr Jakob Uwe Weber fragte wegen eines Grundwassersammlers, den die Bahn AG errichten möchte und welcher eventuell die Trassenführung betreffen könnte. Er bot an, dem Oberbürgermeister dazu später genauere Informationen zukommen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, dass die Stadt nicht das Verfahren führt, sondern nur mitwirkt. Alle Punkte, die aus Sicht der Stadt wichtig sind, seien benannt worden. Im Verfahren steht als nächstes die Linienbestimmung an, die der Bund vornehmen muss. Aber zunächst müssen dem Bund drei verschiedene Varianten gemeldet werden. Es bleibt bei der alten Vorzugsvariante, also dem Abzweig hin-

ter der Elbebrücke, hinter das Gelände der Werft und anschließender Anbindung an das vorhandene Kreisstraßennetz. Das sind Einzelheiten, die der Verfahrensführer klären muss. Die Bahn AG wird als Träger öffentlicher Belange immer mit gehört.

Weiter fragte **Herr Weber**, ob es eine Übersicht, wie viele regionale Unternehmen an der Verwirklichung des Ersatzneubaus der Schwimmhalle prozentual beteiligt sind, gibt. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erwiderte, er könne aus dem Kopf keine Prozentzahl sagen, er wisse aber, dass bei den Vergaben lokale und regionale Firmen bereits einen Zuschlag erhalten haben.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine schriftliche Nennung der Prozentzahl zu.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm gab an, bevor er Herrn Swen Behrendt das Wort erteilen wird, auf dessen letzte, schriftlich gestellte Fragen antworten zu wollen. **Herr Behrendt** entgegnete, dass er die Antworten gern, wie zugesagt, schriftlich bekommen möchte.

Herr Swen Behrendt, Pappelgrund 30, 06847 Dessau-Roßlau, erklärte, auf die Problematik ‚Sprechzeiten des Rathauses‘ bereits mehrfach, meist schriftlich, aufmerksam gemacht zu haben. Gelöst ist das Problem jedoch bis heute nicht richtig. Zunächst bedankte er sich persönlich bei der Verwaltung dafür, dass es nach fast einem Jahr nach seiner ersten Reklamation gelungen ist, Sprechzeiten am Rathaus anzubringen. Dies ist nötig geworden, nachdem ihm seitens der Verwaltung erklärt wurde, dass Öffnungszeiten keine Sprechzeiten sind. Mehrmals reklamierte er auch, dass die Stadt unterschiedliche Zeiten angibt, zu denen sie erreichbar ist. Heute steht an der Tür, dass das Bürgeramt von 12.00 Uhr bis 13.30 Uhr geschlossen ist, auf den Briefen, die offiziell von der Stadt verschickt werden, steht allerdings, dass es durchgehend von 8.00 bis 16.00 Uhr geöffnet hat. Dies gelte beides für Montag, Dienstag und Donnerstag. Im Bürgeramt erledigt der Bürger die meisten seiner Angelegenheiten. Die fantastische Erklärung der Stadt für die unterschiedlichen Angaben lautet, dass sie nur noch die vorhandenen Kopfbögen aufbraucht. Die Öffnungszeiten sind bereits seit dem 01.07.2015 in Kraft. D. h., dass die Verwaltung seit mehr als zwei Jahren nur noch vorhandene Kopfbögen und damit falsche Daten verschickt. Diese Erklärung empfindet er als Bürger schon als Zumutung und er fragt sich, in welchen Mengen die Verwaltung Papier hortet. Wenn ein Bürger dann zu diesen, auf dem Schreiben angegebenen Zeiten etwas wollte, wurde er einfach auf die Öffnungszeiten an der Tür verwiesen und erklärt, dass diese gelten, was ihm selbst schon passiert ist. Das Ordnungsamt ist laut Angaben an der Tür Donnerstag bis 15.30 Uhr geöffnet. Sprechzeiten sind laut Angaben am Rathaus für alle Ämter bis 16.00 Uhr. Wie der Bürger seine Sprechzeit wahrnehmen soll, wenn noch nicht einmal geöffnet ist, ist ihm ein Rätsel. Er fordert eine Stellungnahme der Stadt zu diesem Sachverhalt.

Herr Behrendt wird eine schriftliche Antwort erhalten, erwiderte **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Allerdings missfalle ihm die Diktion von Herrn Behrendt, denn es sei eigenartig, dass sich immer nur er beschwert. Die Verwaltung nutzt noch die alten Kopfbögen, anstatt das Geld zu verschwenden. Die Frage wird schriftlich beantwortet.

In der letzten Sitzung des Stadtrates wurde die Namensgebung des Platzes vor dem Bauhaus durch ihn selbst gerügt, so **Herr Behrendt** weiter. Der Oberbürgermeister erklärte, zu dieser Thematik keine Informationen zu haben. In der Beschlussvorlage ist vermerkt, dass die Stiftung Bauhaus Dessau das Vorgehen der Namensgebung begrüßt, was Fragen aufwirft. Der Oberbürgermeister und Frau Schlonski sind Mitglieder des Stiftungsrates. Er fragte, ob die Stiftung von den Tatsachen gewusst und diese der Stadt bewusst verschwiegen hat. Er wisse nicht, was schlimmer wäre – das bewusste Verschweigen oder das Gutheißen. Sollte es der Stiftung nicht bekannt sein, würde dies ein sehr schlechtes Licht auf das Bauhaus werfen, weil das öffentlich publiziert wurde. Wenn diese Information bekannt war, hätte sie Teil der Vorlage sein müssen, da man umfassend informieren muss. Er bat um Erklärungen zu dieser Sachlage.

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, dass er die Erklärung bereits ausführlich in schriftlicher Form erhalten hat und betonte erneut, dass es ihm persönlich nicht bekannt war. Er kann nicht für die Stiftung Bauhaus sprechen. Er wisse nur, dass es eine kleine Anfrage von einer fraktionslosen Abgeordneten aus dem Landtag von Sachsen-Anhalt gegeben hat. Sowohl die Stadt Dessau-Roßlau als auch die Stiftung Bauhaus Dessau haben diese Anfrage beantwortet. Herr Behrendt und er sind unterschiedlicher Auffassung zur Bewertung des Vorganges und der Biografie von Ludwig Mies van der Rohe. Sollte ein Mitglied des Stadtrates Einsicht wünschen, so ist dies möglich. Damit sei die Sache für ihn erledigt, betonte Herr Oberbürgermeister Kuras..

Frau Katrin Winter, Wäschkestraße 2, 06849 Dessau-Roßlau, bedankte sich bei Herrn Beigeordneten Dr. Reck für die fristgerechte Antwort ihrer in der letzten Stadtratssitzung gestellten Anfrage. Jedoch hatte sie auf ihre Frage zu Finanzierung des Urlaubes von Flüchtlingen nur von Herrn Beigeordneten Krause die witzige Antwort erhalten, dass diese selbst den Urlaub bezahlen, sie aber noch eine schriftliche Beantwortung erhält. Bis heute hat sie keine schriftliche Antwort erhalten, obwohl die Frist von 6 Wochen schon lange überschritten ist. Sie fragte, wie gegen einen Verstoß dieser Vorschrift vorgegangen wird bzw. ob etwas dagegen getan wird. Es ist inakzeptabel, dass Herr Krause in diesem Amt, wie auch in seinem vorherigen als Chef des Jobcenters Dessau-Roßlau, gegen Vorschriften verstoßen kann.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, erklärte dass ihre Frage mit dem sogenannten Witz, dass die Stadt keinen Urlaub bezahlt, bereits beantwortet wurde. **Frau Winter** entgegnete inzwischen zu wissen, dass die Stadt den Urlaub nicht bezahlt, aber sie versteht nicht, wie sich Flüchtlinge den Urlaub selbst ersparen können, wenn sie offiziell weniger Leistungen erhalten als Hartz IV-Empfänger. **Herr Krause** verwies auf die Zuständigkeit des Jobcenters und dass sich die Hartz IV-Sätze durch pauschalisierte Hochrechnungen zusammensetzen. Darin sind anteilig auch Urlaube enthalten, was er ihr abschließend in der letzten Stadtratssitzung bereits beantwortet hat. Eine schriftliche Erklärung wird sie deshalb nicht mehr bekommen. Auf die Entgegnung von **Frau Winter**, dass Herr Krause aber eine schriftliche Beantwortung zugesagt hatte, wiederholte **Herr Krause**, dass dies für ihn beantwortet ist. Woraufhin **Frau Winter** äußerte, dann woanders weitergehen zu müssen.

Sie hatte bereits zu einem früheren Zeitpunkt darauf hingewiesen, dass die Haltestelle der Bauhauslinie in der Grenzstraße direkt an einer Bauruine mit verwildertem Grundstück angelegt wurde, fuhr **Frau Winter** fort. Inzwischen wurde die Haltestelle auf die gegenüberliegende Straßenseite verlegt, jedoch besteht weiterhin der Blick auf die Bauruine. So können sich Besucher und Touristen kein gutes Bild von Dessau machen.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies darauf, dass die Stadt, wenn es sich um Privatbesitz handelt, keinerlei Handlungsspielräume hat, solange von dem Gebäude keine Gefahr ausgeht. Die Stadt kann erst eingreifen, wenn Passanten oder andere gefährdet sind.

Frau Winter erwiderte, dass es nur um die Bauhausbauten ringsherum und die Bauhauslinie geht. Gerade an der schlechtesten Stelle ist die Haltestelle platziert. Es sollte nach Möglichkeit eine andere Lösung gefunden werden.

Notfalls muss nach einem Alternativstandort gesucht werden, bemerkte **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Er geht jedoch davon aus, dass die Dessauer Verkehrsgesellschaft sich etwas dabei gedacht hat, die Haltestelle dort aufzustellen. Die Verwaltung wird das noch einmal hinterfragen.

Nach einer weiteren Wortmeldung von Frau Winter machte **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, sie darauf aufmerksam, dass ihre Redezeit schon weit überschritten ist. Aus Toleranz erlaubte er ihr das Stellen einer dritten Frage mit der Bitte um Kürze.

Frau Winter erklärte, dass sich vor dem Werner-Seelenbinder-Ring 4 und 6 bei jedem Regenfall seit Jahren eine riesige Pfütze bildet. Inzwischen wird die komplette Straße überschwemmt. Wenn ein Auto die Straße entlangfährt, spritzt das Wasser bis hoch zur Eingangstür. Von den dortigen zwei Kanälen wurde vor ein paar Jahren einer stillgelegt. Sie fragte, ob es möglich ist, dort in Kürze etwas zu unternehmen, sodass der verbleibende Kanal zumindest voll funktionstüchtig ist. Die Bewohner können bei oder nach dem Regen gar nicht mehr ihre Wohnungen verlassen.

Herr Oberbürgermeister Kuras sagte eine Überprüfung zu.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Jährliche Berichterstattung an die Kommunalaufsichtsbehörde zur Entgegennahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA im Zeitraum 1. Juli 2016 bis 15. Juni 2017 Vorlage: IV/015/2017/II

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.2 Rathaus Dessau Sanierungskonzept Innengestaltung Foyers und Haupttreppenhaus / Ratssaal Vorlage: IV/014/2017/III-65

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies darauf, dass es sich bei der vorliegenden Beschlussvorlage um eine alte Fassung handelt. Von der Thematik her ist diese zwar noch gültig, jedoch ist im Verlauf der Ausschusssitzungen gesagt worden, dass seitens der Ämter noch einmal eine Studie erstellt wird, welche die Gesamtkosten für die Rathaussanierung zusammenfasst. Sie bat um Entschuldigung.

7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Dreibrodt, Mitglied der SPD, verlas die Begründung zu seinem Austritt aus der SPD-Fraktion: „Als ein vor der Wende ins Private zurückgezogener ehemaliger DDR-Bürger, habe ich mich ab 1990 politisch engagiert und half bei der Neugründung der SPD in Roßlau. Seitdem bin ich ununterbrochen Bürgervertreter in Stadträten, bis 2007 in Kreistagen und ab 2007 Ortsbürgermeister von Meinsdorf. In den 27 Jahren seit 1990 wurde ich von den Bürgern 11 Mal gewählt bzw. wiedergewählt. Meine ehrenamtliche Tätigkeit als Kommunalpolitiker habe ich stets sehr ernst genommen und versucht, mit hohem Einsatz und Herzblut meinen Wählerauftrag zu erfüllen. Nach 17 Jahren Kommunalpolitik in den SPD-Fraktionen des Kreistages Anhalt-Zerbst und des Stadtrates Roßlau, wo das Mitwirken sogar Spaß machte und bei gegensätzlichen Meinungen doch stets ein Mindestmaß an politischer Streitkultur gegeben war, wurde ich ab dem Jahr 2007 Mitglied der SPD-Fraktion im Stadtrat Dessau-Roßlau. Leider musste ich sehr bald feststellen, dass die politische Kultur im Dessauer und dann im Dessau-Roßlauer Stadtrat eine gänzlich andere war und ist, als ich sie vorher kennen und schätzen gelernt habe. Auch und gerade in der SPD-Fraktion. Meine Dessauer Fraktionskollegen haben mich von Anfang an ihre zahlenmäßige Übermacht spüren lassen. Ein inhaltlicher Meinungsaustausch und die Abwägung von Argumenten fand oft nicht statt. Wozu auch? Man hatte doch stets die Mehrheit auf seiner Seite. Eigene, von der Dessauer Fraktionsmehrheit abweichende Meinungen, versuchte man zu unterdrücken, meine Redebeiträge und Amtsblattartikel wurden zensiert und teilweise sogar verboten. In wichtige Entscheidungen wurde ich gelegentlich nicht einbezogen und bestenfalls nachträglich in Kenntnis gesetzt. Fraktionszwang war eine Methode, mit der ich oft konfrontiert wurde. Das Allerschlimmste jedoch ist die Tatsache, dass die Dessauer SPD-Stadträte oft in vorderster Front stehen, wenn es um den Stadtteil Roßlau geht und Geist und Buchstaben des Fusionsvertrages vorsätzlich missachtet werden. „Masterplan Bauhausstadt“ mit Punkt C7, Umbenennung, Biogasanlage Lukoer Straße Roßlau, Niederschlagung der fast 8.000 Unterschriften für einen Bürgerentscheid zum Erhalt des Stadtnamens sind nur einige wenige Beispiele. Ich möchte daran erinnern, dass ich von Roßlauern in den Rat gewählt wurde und damit auch die Roßlauer Interessen vertreten muss. Und noch einen wichtigen Grund möchte ich nennen. Was mich von Anfang an sehr gestört hat, ist der aufgezwungene Gleichschritt der Dessauer SPD mit der Fraktion

„Die Linke(n)“. Ich bin vor 27 Jahren nicht in die SPD eingetreten, um jetzt hier im Dessau-Roßlauer Stadtrat ständig Erfüllungsgehilfe derer zu sein, die sich in Sachen Namenswechsel zwar bestens auskennen, aber für mich das bleiben, was sie immer waren. Stadtratskollegen, mit denen ich mich über dieses Ärgernis ausgetauscht habe, bestätigten mir, dass das schon im Dessauer Stadtrat so war und im innigen Verhältnis der Führungspersonen dieser Fraktionen begründet ist. Die Worte, die ich in diesem Zusammenhang gehört habe, wie „Nibelungentreue“ oder „Kadavergehorsam“ halte ich für überzogen, aber nur ein bisschen. Deswegen ganz persönlich an die Herren Eichelberg und Schönemann gerichtet: Diese Kumpanei der „Vereinigten Dessauer Linken“ lasse ich mir nicht mehr länger bieten. Das Fass zum Überlaufen brachten die sich überstürzenden Ereignisse der letzten Monate. Bei dem X-ten Versuch, Roßlau im Namen der Doppelstadt zu liquidieren, haben die ständig gleichen Akteure diesmal alle Hemmungen abgelegt. Leider sind wieder sämtliche Dessauer SPD-Stadträte voll mit dabei. Sehr geehrte Stadträte, ich musste diese Fraktion verlassen, um meine Selbstachtung zu bewahren und wieder saubere, demokratische Luft atmen zu können. Bitte sehen sie mir meine teils deutlichen Worte nach, aber nur Klartext konnte das Ausmaß der Notwendigkeit dieses Schrittes beschreiben. Der Austritt aus der SPD-Fraktion war eine persönliche Gewissensentscheidung, die ich lange, sehr lange vor mir hergeschoben habe.“

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, fragte im Namen mehrerer Bürger, warum der Kreisverkehr am Stadteingang aus Richtung Waldersee nicht als Kreisverkehr ausgewiesen ist. Ortsfremde fahren hinein und sind sofort durch die Beschilderung verunsichert. Besonders, wenn Bürger über die Rundung Richtung Wasserstadt fahren und verkehrsbedingt halten müssen, kommt es manchmal zu heiklen Situationen. Er persönlich hat bereits einen Auffahrunfall beobachten können. Die mögliche Geradeaus-Spur wurde sicher nicht freigegeben, weil dort die Fußgänger passieren. Da die Situation insbesondere für Kinder, die sich auf dem Schulweg befinden, extrem gefährlich ist, muss eine Lösung gefunden werden.

Weiterhin verwies **Herr Puttkammer** auf die Beleuchtung in der Ludwigshafener Straße, welche ab 22 Uhr abgeschaltet wird. Obwohl dort einige Wohnhäuser stehen, fährt man durch ein dunkles Stadtgebiet. Umso erstaunlicher ist es, dass die Straße zum Scherbelberg beleuchtet ist. Er schlug vor, die beiden Schaltungen zu tauschen.

Zudem stellte **Herr Puttkammer** fest (die MZ hat in der letzten Woche darüber berichtet), dass der Stadtpflegebetrieb nicht in der Lage ist, die Stadt so in Ordnung zu halten, wie man es sich vorstellt. Das öffentliche Grün wirkt ungepflegt. Er fragte, ob der Stadtpflegebetrieb personell unterbesetzt ist, oder ob nicht die richtigen Mittel vorhanden sind, um die Pflege ordnungsgemäß auszuführen. In diesem Zusammenhang möchte die CDU-Fraktion eine Satzung wieder aktivieren oder neu einbringen, die das bürgerliche Engagement im öffentlichen Grün unterstützt. Ein Herr aus der Klagenfurter Straße pflegt die Rosenbeete vor der Schwimmhalle und ein weiterer aus der Wilhelm-Feuerherdt-Straße pflegt einen städtischen Spielplatz plus Umland. Wenn man niedrig über die Stadt fliegt, sieht man Grundstücke, die wie Parkanlagen gepflegt sind. Schaut man vor die Häuser, sieht man das Unkraut stehen. Man sollte sich dafür engagieren, die Stadt zu verschönern. In diesem Sinne rief er alle Bürger auf, entweder an die CDU-Fraktion oder die Stadt Vorschläge zu richten, um die Satzung auf den Weg zu bringen.

Frau Müller, SPD-Fraktion, ging zunächst auf die Äußerungen von Herrn Dreibrodt ein, der sich selbst in der Fraktion ins Abseits gestellt hat. Er weiß, dass er die Fraktionsmitglieder per Whatsapp und per Telefon auf die übelste Art beleidigt hat. Seine Berichte sind nie zensiert worden, sondern die Fraktion hat nach dem Durchlesen dafür gesorgt, dass vieles nicht noch mehr unter die Gürtellinie geht, wenn es gegen Herrn Koschig oder die Stadtverwaltung ging. Weder die Fraktionskollegen, noch sie selbst lassen sich zu irgendetwas zwingen. Es ist niemandem gelungen, sie irgendwo hinein zu drücken, wo sie nicht hin will. Sie hat immer ihre freie Meinung geäußert und wird das auch weiterhin tun. Sie gab an, sehr enttäuscht vom Tun und Handeln des Herrn Dreibrodt zu sein.

Weiterhin bezog sich **Frau Müller** auf die Ecke Askanische Straße/Willy-Lohmann-Straße, wo große Bäume abgesägt wurden. Es wurden dort kleine Bäume gepflanzt, obwohl dort ursprünglich ein Parkplatz entstehen sollte. Es stellt sich die Frage, warum große, gesunde Bäume abgesägt werden und teure, kleine Bäume gepflanzt werden. Bei der Neugestaltung der Grünanlage vor dem Neubau hätten die schattenspendenden Bäume stehen bleiben können und ringsherum das Grün verändern können. So ein kleiner Baum kostet immerhin um die 2.000 bis 2.500 Euro. Sie fragte, ob das nötig war. Es wurde eine schriftliche Antwort zugesagt.

Herr Mrosek, AfD-Fraktion, äußerte Unmut zur Sitzordnung. Er bekommt eine Halsstarre, wenn er dem Präsidium zuhören und dabei ins Gesicht sehen möchte. Für die Stadträte, die mit dem Rücken zum Präsidium sitzen, ist das unzumutbar und sollte schnellstens wieder geändert werden.

Sich an Herrn Oberbürgermeister Kuras wendend gab **Herr Mrosek** an, ihm die Variante aus Wittenberg bezüglich einer neuen Straßenbaumöglichkeit zugeschickt zu haben. Er fragte, ob es in Dessau-Roßlau bereits ein Pilotprojekt gibt, wo das preiswert umgesetzt werden kann.

Herr Oberbürgermeister Kuras verwies auf bereits stattgefundene Gespräche mit unserem Tiefbauamt und der Lutherstadt Wittenberg. Wittenberg hat im Rahmen eines Pilotprojektes die Plastegitter erstmals eingesetzt. Diese haben Vor- und Nachteile, doch die der Kostenersparnis, gerade bei Anliegerstraßen, ist von großem Nutzen.

Frau Schlonski verneinte die Frage, ob das Pilotprojekt bereits in Dessau-Roßlau angewendet wird. Jedoch gibt es Überlegungen, an welchen Stellen es sinnvoll sein könnte, diese Technologie einzusetzen und zu testen. Aus Wittenberg gibt es noch keine Langzeiterfahrungen.

Zudem informierte **Herr Mrosek**, dass die B 184 - Ortsumgehung Roßlau, Tornau - Projektnummer B184-G10-ST-T1 im Bundesverkehrswegeplan 2030 festgeschrieben wurde. Es liegt mit der Ausschussdrucksache 7/LEV/6 ein Selbstbefassungsantrag der AfD-Fraktion im Ausschuss für Landesweg und Verkehr im Landtag Sachsen-Anhalt vor. Der Minister hat über den Zustand am 07.02.2017 auf Antrag berichtet und es wurde festgelegt, dass es am 13.03.2017 eine gemeinsame Besprechung mit den Verantwortlichen vom Bundesministerium und der Planungsbehörde gibt. Es wurde festgelegt, dass bis Mitte des Jahres mehrere Varianten der Ortsumgehung

vorliegen sollten. Mit Schreiben vom 28.08.2017 verlegte man die Zielsetzung auf Ende des Jahres aufgrund der andauernden Aktualisierung des Standortgutachtens für die Roßlauer Schiffswerft und dem Zusammenschluss zwischen Werft und der Firma Stahlbau zum 01.01.2017. Das Gelände müsse neu geordnet werden, dadurch ergeben sich Auswirkungen auf die Variante 1 der Hafenquerung.

Herr Mrosek sagte in Richtung aller Fraktionen, dass es unschön ist, dass Wahlplakate – unabhängig welcher Fraktion – beschmiert oder heruntergerissen werden. Dadurch wird ein städtebaulicher Missstand erzeugt und es ist unfair im Wahlkampf. Bereits zum Landtagswahlkampf seien Personen erwischt worden, die AfD-Plakate beschmiert haben. Diesmal wurden AfD-Plakate heruntergenommen. Die Personen wurden angezeigt und festgehalten. Er bat darum, in der jeweiligen Fraktion, insbesondere im linken Spektrum, darauf Einfluss zu nehmen. Die AfD reißt auch nicht andere Plakate ab oder beschmiert sie.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, wandte sich an Herrn Dreibrodt und kritisierte dessen unpassende Anrede und zudem zum Thema Fairness, dass er bei Hervorhebung seiner Verdienste in über 25 Jahren Ehrenamt auch erwähnen sollte, dass weitere Stadträte eben solche Verdienste vorweisen können.

Weiterhin sprach Herr Berghäuser an, dass in der Zerbster Straße gestern vor ihm ein MAN-Bus der Firma Heinrich fuhr, welcher stank und kratzende Geräusche verursachte. Der Bus entsprach nicht den Abgasnormen. Es sei Konsens im Stadtrat gewesen, in der Fußgängerzone Erdgasbusse einzusetzen. Ihm sei bewusst, dass durch den Ausbau der Kavalierstraße mehr Busse über die Zerbster Straße fahren als sonst üblich. Er fragte, ob die Stadt Einfluss auf einen Busunternehmer, der im Interesse der Stadt fährt, nehmen kann, sodass dieser die Abgasnormen einhält.

Am 17.08.2017 wurde in der Stadt Dessau-Roßlau eine Kundgebung im Stadtteil Dessau angemeldet, so Herr Berghäuser weiter. Nach seinen Informationen bekam der Anmelder folgende Auflagen: keine Tonanlagen, keine Fahnen, keine Transparente und keine Fackeln. Der Anmelder wechselte dadurch seinen Standort und ging in den Stadtteil Roßlau. Dort konnte er seine Veranstaltung mit den aufgelisteten Dingen durchführen. Er fragte, warum das so ist und was zu diesen völlig unterschiedlichen Auslegungen des Versammlungsgesetzes in einer Stadt mit einer Verwaltung führt.

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, dass Herr Berghäuser nach Prüfung des Sachverhaltes eine schriftliche Antwort erhalten wird.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, kommentierte die Mitteilung von Herrn Mrosek und bemerkte, dass seine Landtagswahlplakate heruntergerissen und ersetzt worden sind. Inzwischen gibt es Städte, die sich damit auseinander gesetzt haben, wie sinnvoll und prägend solche Plakatierungen sein können. Zu bedenken ist, ob es sinnvoll ist, die ganze Stadt zuzuhängen. In der Stadtordnung ist festgelegt, wie viele Plakate die Parteien aufhängen dürfen. Er bezweifelte, dass dies nachgezählt wird. Nicht viele Parteien halten sich an die festgelegte Anzahl, doch Die Linke beachtet diese Regelung.

Die derzeitigen Straßenbaumaßnahmen haben natürlich einen erheblichen Einfluss auf die Verkehrsströme, so Herr Hoffmann weiter. An der Museumskreuzung treffen drei Verkehrsströme aufeinander, um sich dann auf einer Spur wiederzufinden. Er kritisierte die Ampelschaltphasen bei diversen Umgehungsstraßen bzw. Umleitungen. Es ist inakzeptabel, ineffizient und sorgt für Frust, da bei einem derartigen Stau nur drei Autos über die Kreuzung kommen. Er schlug vor, ein Schild aufzustellen, das auf das Reißverschlussprinzip hinweist. Vielleicht könne man die eine oder andere Hilfestellung organisieren, damit der Verkehr besser fließt.

Herr Hoffmann erinnerte daran, dass 2019 der 250. Jahrestag der Grundsteinlegung des Schlosses im Wörlitzer Park ist. Im Sinne des Dessau-Wörlitzer Gartenreiches sollte das Jubiläum bedacht werden.

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, wandte sich an Frau Scharge, Leiterin des Amtes für öffentliche Sicherheit und Ordnung. Es sollte überprüft werden, ob vor den Schulen 30er Zonen eingerichtet werden können. Laut eines Antwortschreibens werde dies gemäß Gesetzeslage allgemein für alle Straßen überprüft. Sie fragte nach dem Prüfstand.

Des Weiteren ist ihr aufgefallen, dass sich viele Eltern in den sozialen Netzwerken über die schlechten Informationsflüsse an den Schulen beschwert haben, insbesondere bezüglich Klassenzusammensetzung, Lehrermangel und Unterrichtsausfall. Sie weiß, dass das ein großes Landesthema ist, aber bei Gesprächen mit den Eltern und frühzeitigem Informationsfluss könne man sich viel Ärger und Beschwerden ersparen.

Frau Benckenstein fragte zum Unterhaltsvorschussgesetz bezüglich der vielen, vor dem 01.07.2017 gestellten Anträge, wie lange die Bearbeitung noch dauern wird.

Herr Krause erklärte, dass die Anträge bereits bearbeitet worden sind. Die Bescheid-Erteilung konnte noch nicht verwirklicht werden, weil das Gesetz erst vor einer Woche veröffentlicht wurde, sodass erst jetzt die Bescheide herausgeschickt und sukzessive die Anträge abgearbeitet werden können.

Frau Nußbeck erklärte, dass die an Frau Scharge gestellte Frage schriftlich beantwortet wird.

Herr Hernig, AfD-Fraktion, informierte darüber, dass die AfD-Fraktion letztmalig in dieser Form an einer Stadtratssitzung teilnehmen wird. Er wird die Fraktion verlassen, parallel dazu wird sich eine neue, freie Fraktion gründen. Zur Auflösung und Neugründung der Fraktion erfolgen schriftliche Informationen. Die Freie Fraktion wird aus den Stadträten, Herrn Dreibrodt, Frau Benckenstein und seiner Person bestehen. Die vierte Person möchte persönlich Stellung nehmen, ist heute jedoch nicht anwesend. Die Stellungnahme erfolgt entweder in der nächsten Ausschuss- oder Stadtratssitzung. Nach der Gründung wird die Fraktion über zwei weitere Aufnahmeanträge entscheiden. Die Fraktion heißt jeden willkommen, unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Er brachte seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass es im Stadtrat Absprachen gibt, dass Fraktionsvorsitzende allein entscheiden und dass es auf diverse Anfragen keine Antwort gibt. Beispielweise wurde im Finanzausschuss angesprochen, dass ein Mitarbeiter der Stadt seit anderthalb Jahren zuhause bleibt,

weil er Überstunden abbummelt. Es wurde gesagt, das dürfe nicht an die Öffentlichkeit, da es dem Image der Stadt schadet. Die Verheimlichung kann er nicht nachvollziehen. Ein weiteres Beispiel ist der 2014 geplante Abriss in den Kleingärtenvereinen Braunsche Lache, Waldfrieden, und Eschenweg. 2015 wurde in den Medien veröffentlicht, dass der Abriss bis Jahresende erledigt ist. 2016 stand dasselbe in den Medien. Mehrmals wurde seitens der Fraktion angefragt, bis es die Information über eine Fristverlängerung bis August 2017 gab. Noch immer ist der Abriss nicht abgeschlossen. Ein weiteres Beispiel ist die Brauerei, welche seit 2012 heruntergewirtschaftet wird. In einer öffentlichen Stellungnahme, sprich der Begründung zur Auflösung der Fraktion, wird er noch einiges sagen. Obwohl er seit über einem Jahr kein Mitglied der AdD ist, wird er immer noch mehr oder weniger blockiert. Er wurde als Stadtrat gewählt, aber nicht zum Wohl irgendwelcher Parteien oder Befindlichkeiten. Er arbeitet nicht für eine Partei, sondern für die Stadt und nach seinem Gewissen zum Wohle der Bürger.

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, äußerte sich ebenfalls zum Austrittsvorhaben. Herr Hernig und sie werden als AfD-Fraktion weiter arbeiten, bis alles andere intern und mit den Mitgliedern der neuen Fraktion geklärt wurde mit dem Ziel eines nahtlosen Übergangs. Zu ihren persönlichen Gründen gab Frau Benckenstein an, dass sie kein AfD-Mitglied mehr ist. Sie ist aus der Partei ausgetreten, weil sie mit den politischen Zielen nicht mehr einverstanden war und weil sie kommunale Arbeit leisten möchte. Sie sei von Bürgern gewählt worden und möchte deren Interessen vertreten. Dies konnte sie mit dem Namen AfD nicht. Daher möchten Herr Hernig und sie eine freie Fraktion bilden, diese ist politisch unabhängig und begrüßt gern jeden Stadtrat, der mit ihnen gemeinsam arbeiten möchte. Zudem sind sie für die Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen jederzeit offen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, merkte an, dass der Mitteldeutschen Zeitung zu entnehmen war, dass die Radwanderwege mithilfe von Fördermitteln überarbeitet werden. Jedoch steht an einer Stelle, dass im Kühnauer Park Deichüberfahrten mit Epoxidharzbeschichtungen gemacht werden sollen. Er fragte, ob es sich um das gleiche Material handelt, mit dem in Wörlitz und auf dem Deich vom Leiner Berg gearbeitet wurde. Dort hat sich das Material innerhalb weniger Jahre aufgelöst. Weiterhin ist ihm beim Festumzug in Roßlau aufgefallen, dass die Jugendfeuerwehr noch mit dem amtlichen Kennzeichen AZE fährt. Das heißt, die Stadt zahlt für ein Fahrzeug Steuern an den Landkreis Anhalt-Bitterfeld. Es könnte sein, dass auch viele andere Fahrzeuge übernommen und nicht umgemeldet wurden. Das sollte überprüft werden, da nicht Steuermittel an andere Landkreise gezahlt werden können, die die Stadt selbst braucht. In der Niederschrift des Stadtrates vom 21.06.2017 ist seine Forderung nachzulesen, von der ersten Zusammenkunft zum OdF-Denkmal mindestens die Anwesenheitsliste, möglichst auch das Protokoll zu erhalten, was bis heute nicht erfolgt ist. Da eine Lösung gefunden wurde, braucht das Frau Schlonski nun nicht mehr nachreichen. Der Vorschlag, den er damals unterbreitet hatte, kam einfach aus der Not heraus, um den Forderungen der Opferverbände zu entsprechen und aufgrund der damaligen Zwänge. Nach der Anhörung im Bauausschuss sei der Schaden im Kreisverkehr an den Sieben Säulen so schnell beseitigt worden, wie er es nicht für möglich gehalten hat. Er bat nur um Auswertung, damit die Schwachstellen gefunden werden. Ein viertel Jahr hat die Stadt dort eine, zeitweise zwei, Warnbargen finanziert. Es wurde ein Bordstein kaputt gefahren, die Fahrer, die mit ihren

LKWs kaum herumgekommen sind, wurden verärgert. Wenn die Ursachen nun nicht geprüft und Konsequenzen gezogen werden, wird das weiter so gehen.

Herr Otto bemerkte abschließend, dass er eigentlich noch Stellung zur heutigen Veröffentlichung des Ministerpräsidenten und seinem Einmischen in die Namensdiskussion beziehen wollte, aber in Anbetracht der Zeit verzichtet er darauf und wird dazu Ausführungen im Amtsblatt machen.

Frau Perl, SPD-Fraktion, ging auf das Thema Stadtumbau und die Friedhofstraße ein. Wohnen ist ein existentielles Grundbedürfnis. Deshalb erwartet sie, dass im Rahmen des Stadtumbaus bei einer derartigen Leerstandquote sensibel mit dem Thema umgegangen wird. Ihr ist ein Fall bekannt, wo ein SGB II-Leistungen beziehender Mieter im Rahmen des Umzugsmanagements von einem Gebäude, das zum Abriss bzw. Umbau freigegeben ist, in ein anderes ziehen muss. Der Mieter hat sich eine neue Wohnung gesucht, jedoch wurde die Kostenübernahme vom Jobcenter abgelehnt, was nicht sein könne. Sie versteht die Ansicht des Jobcenters zu sagen, dies sei Sache der DWG. Sie versteht aber auch die DWG, die momentan noch nicht aus der Deckung kommt. So könne jedoch kein Umzugsmanagement betrieben werden. Die Mieter werden zwischen den einzelnen Institutionen zerrieben und der soziale Frieden in der Stadt ist gefährdet. Sie erwartet mehr Sensibilität, da Wohnen zu den Grundbedürfnissen eines jeden Menschen gehört.

Herr Mrosek, AfD-Fraktion, gab insbesondere für die Medien-Vertreter an, dass die noch existierende AfD-Fraktion nicht zerstritten ist, sondern genauso blockiert wird, wie auf anderen Ebenen. Sie hat nicht die Stärke, wie die Landtagsfraktion, um eine Kommission einzusetzen. Herr Hernig sieht eine Möglichkeit, mit anderen Stadträten, die in ihren Fraktionen unzufrieden sind, eine schlagkräftige Fraktion zu gründen, die die Interessen der Bürger von Dessau-Roßlau vertritt.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, bat um Prüfung, ob die Grünphase der Fußgängerampel am Leipziger Tor verlängert werden kann. Älteren und gehandicapten Menschen gelingt es gerade einmal, die Straße bis zur Hälfte zu überqueren.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, ging nochmals auf seine Frage zur Verwendung von Epoxidharz ein. Er hätte die Antwort gern bevor dort eventuell etwas Falsches verbaut wird. **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes,** entgegnete, dass es mit Sicherheit nicht das Material ist, dass auf dem Deich nach Vockerode eingesetzt worden ist und dort zerkrümelte. Die genaue Produktbeschreibung kann er nicht aus dem Kopf nennen und bot daher eine schriftliche Antwort an.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm beendete den Tagesordnungspunkt und eröffnete die **Pause** (17.57 Uhr bis 18.22 Uhr).

Während der Pause verließ **Frau Sanftenberg, Fraktion Die Linke,** die Sitzung.

8 Beschlussfassungen
8.1 Bekenntnis zur Doppelstadt Dessau-Roßlau
Vorlage: FV/006/2017/Stadtrat

Die Beschlussvorlage wurde nach dem Tagesordnungspunkt 8.2 behandelt.

Herr Dreibrodt, fraktionslos, bemerkte, dass der in der Geschäftsordnung stehende Paragraf zum Schluss der Debatte abgeschafft werden sollte, da damit wie eben erlebt, Stimmen tot gemacht werden.

Auf Wunsch der Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen liegt die Beschlussvorlage heute ergänzt mit folgendem Wortlaut vor: „Der Stadtrat beschließt, anlässlich des 10. Gründungsjubiläums folgendes Bekenntnis: Die Zukunft der untergegangenen Städte Dessau und Roßlau soll auch weiterhin gemäß Geist und Buchstaben des Fusionsvertrages in der gemeinsamen Doppelstadt Dessau-Roßlau erfolgreich gestaltet werden, auch wenn ein Landesgesetz diesen Vertrag ersetzt hat. Hierbei stehen für den Stadtrat die inhaltlichen Aufgaben und die ausgewogene Beachtung der Interessen der Stadtteile Roßlau und Dessau im Vordergrund.“ Nach dem Verlesen der Begründung zur Vorlage verwies Herr Dreibrodt auf die Behandlung in der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses. Dort ist es den Stadträten Herrn Eichelberg, Herrn Schönemann und Herrn Pätzold gelungen, mit ihrem Nein das Bekenntnis zur Doppelstadt zu verhindern. Herr Oberbürgermeister Kuras hat mit eindringlichen Worten davon berichtet, wie er bei seinen zahlreichen Zusammenkünften in den letzten Wochen mit dem Ortschaftsrat Roßlau und mit der Bürgerschaft vor Ort erfahren musste, wie prekär die Stimmung im Stadtteil Roßlau inzwischen ist. Umso mehr musste man im Hauptausschuss entsetzt sein, wie die Stadträte Schönemann und Eichelberg die bedrohlichen Signale aus Roßlau geleugnet und sogar vom Gegenteil geredet haben. Entweder die Herren verbreiten solche Unwahrheiten bewusst, oder sie leiden an einem totalen Wahrnehmungsverlust. Beides hält er für sehr gefährlich für die Kreisfreiheit und die oberzentrale Funktion der Doppelstadt Dessau-Roßlau. Er hofft, dass die Stadträte heute mit einem deutlichen Votum für das Bekenntnis der Doppelstadt mithelfen, ein positives Signal für Dessau-Roßlau zu setzen und zum Partner nach Roßlau zu senden. Er bat um Zustimmung zur Vorlage und erinnerte daran, dass Geist und Buchstaben des Fusionsvertrages der wichtigste Inhalt dieser Beschlussvorlage sind.

Frau Benckenstein, Fraktion AfD, wiederholte ihre getätigten Ausführungen in der Sitzung des Haupt- und Personalausschuss. An einen Vertrag, der eine schriftliche Vereinbarung ist, müssen sich alle Vertragsparteien halten. Sie sieht sich an diesen Vertrag gebunden und hat sich deshalb zur Doppelstadt Dessau-Roßlau gemäß Beschlussvorlage bekannt. Es könne durchaus etwas eintreten, was eine Änderung oder Auflösung dieses Vertrages zur Folge hätte. Ein solches Ereignis muss dann von allen Vertragspartnern diskutiert werden. Eine Änderung des Namens ist kein Grund für eine Beendigung eines Vertrages, was hier unterschiedlich beurteilt wird. Drohungen sind der falsche Weg. Sie wolle klare Worte an den Ministerpräsidenten, Herrn Haseloff senden. Sehr selten hört sie als Stadträtin, oder auch die Bürger der Stadt, etwas von diesem Herren. So fragt sie sich, wo er war und der Stadt beigegeben hat, als es um unser Theater ging, wo, als die JVA geschlossen wurde und

wo, als wir seine Unterstützung für die Landesgartenschau gebraucht hätten. Der Stadtrat macht es sich bestimmt nicht einfach.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, verwies darauf, dass die Stadt Dessau-Roßlau andere Probleme hat als sich mit einer Namensänderung zu beschäftigen. Das lockt keine Großindustrie an und wird auch die Straßen nicht verbessern. Dem geschlossenen Vertrag werde man nicht brüchig begegnen, weshalb er sich dem Antrag von Herrn Dreibrodt anschließt und der Beschlussvorlage zustimmen werde.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bemerkte, da seine Wortmeldung von Herrn Ehm oft übersehen wird, gibt er eine Erklärung zu seinem Abstimmverhalten zur vorigen Vorlage bekannt. Er hat sich der Stimme enthalten, weil er dem Änderungsantrag nicht entnehmen kann, was man eigentlich wirklich will und die Wahrnehmungen so unterschiedlich zwischen den Protagonisten und dem Ortschaftsrat sind, dass es so nicht weitergehen kann. Er wird den Standpunkt seiner Fraktion im Amtsblatt darlegen und so für Aufhellung bei den Bürgern sorgen. Der vorliegenden Beschlussvorlage wird er zustimmen, weil er überzeugt ist, dass unsere damaligen Entscheidungen richtig waren und wir nur gemeinsam unsere Zukunft positiv gestalten können. Dabei ist der Geist des Vertrages, der getragen war von einem partnerschaftlichen Miteinander zum gegenseitigen Vorteil das Entscheidende. Er verweist darauf, dass ein Festhalten an dem Buchstaben des Vertrages Stillstand für unsere Stadt bedeutet. Deshalb muss es erlaubt sein, auch Dinge den Entwicklungen anzupassen und den Vertrag fortzuschreiben. Im Interesse einer breiten Mehrheit reicht er zur vorliegenden Beschlussvorlage folgenden **Änderungsantrag** ein: „**Da ein Festhalten an den Buchstaben des Vertrages Stillstand für unsere gemeinsame Stadt bedeutet, wird ein Fortschreiben des Vertrages unter Beachtung des Geistes des Vertrages nicht ausgeschlossen.**“

Herr Grey, NPD, legte dar, wenn die kreisfreie Stadt auch in Zukunft eine Chance haben soll, dann nur unter dem Namen Dessau-Roßlau, denn dieser Name drückt nicht nur die Verbundenheit der beiden ehemaligen Städte Dessau und Roßlau aus, sondern er bürgt auch in sich, dass die Bürger beider Stadtteile auf Augenhöhe kooperieren. Es soll nicht vergessen werden, dass mit dem damaligen Zusammenschluss die gesamte Region gestärkt werden sollte. Anstatt die Bürger durch eine unsinnige Namensdiskussion zu spalten, bei der es nur Verlierer geben kann, sollte lieber dafür gesorgt werden, dass die Bürger stolz sind, in einer kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau zu leben. Er erinnerte daran, dass Dessau und Roßlau in der Vergangenheit schon einmal vereint waren und dass die damalige Doppelstadt als Landes- bzw. Gauhauptstadt in dieser Zeit ihre Blüte erfuhr.

Herr Hoffmann, 1. Stellv. Vorsitzender des Stadtrates und Mitglied der Fraktion Die Linke, verwies bezüglich der Kreisfreiheit auf eine Übersicht der kreisfreien Städte mit den Einwohnerzahlen, der entnommen werden kann, dass einige Einwohnerzahlen exorbitant genau in unserem Feld liegen und die Städte trotzdem kreisfrei sind. Falls etwas aufgelöst werden sollte, müsste das Land nicht nur die kommunale Neugliederung ändern, sondern auch andere Dinge, wie die Finanzen. Es wäre ein großer Aufwand, der nicht einfach so geht. Allen, die sich um die Zukunft Gedanken machen, geht es darum, Lebensgrundlagen zu schaffen und darüber zu diskutieren, damit auch junge Menschen in der Zukunft hier eine Chance haben zu arbeiten und zu leben. Was der Ministerpräsident teilweise treibt ist mehr als eine Einmischung.

Die Diskussion zum Thema Dessau-Wörlitz hat genau die Landesregierung verhindert, die jetzt versucht, uns erneut auf das Glatteis zu führen. Was die nächstmögliche Gebietsreform betrifft, stellt sich die Frage, wie wir dann aufgestellt sind und welche Rolle wir dann spielen.

Die Ausführungen von Herrn Hoffmann bezogen sich auf die vorangegangene Vorlage und hat mit der jetzt zu verhandelnden Beschlussvorlage nichts zu tun, erklärte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Es könne nicht sein, dass jetzt Dinge in den Raum gestellt werden, die nicht mehr hierhergehören. Dann werde die Diskussion neu angefangen und er hält den Vortrag, den er in das Amtsblatt bringen will und er sagt ,warum und wieso wir so dastehen, weil nämlich Protagonisten nach vorn gerannt sind, ohne sich mit dem Ortschaftsrat und allen anderen abzustimmen. Sie wollten Tatsachen schaffen, die nun zur Lächerlichkeit des Stadtrates beigetragen haben.

Er kann Herrn Otto nicht verstehen, wird eine demokratische und offene Debatte geführt, oder werden Maulkörbe verhängt, äußerte **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Auf den Redebeitrag von Herrn Hoffmann bezüglich der Gebietsreform eingehend, merkte er an, dass Die Linke in Ostdeutschland dafür gesorgt hat, dass nur noch die Landeshauptstadt Schwerin kreisfrei ist. Er ist für die Beschlussvorlage von Herrn Dreibrodts und er kann keine Regelung in dem Fusionsvertrag erkennen, der uns in der Entwicklung hindert. Wenn wir die Kreisfreiheit verlieren, ist die Entwicklung dieser Stadt zu Ende.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte, dass er sich, was die Fusion betrifft, zum damaligen Zeitpunkt mehr als eingebracht hat. Der damalige Oberbürgermeister in der Übergangsperiode, Herr Gröger, hat sich für die Aktivität seiner Fraktion damals ausdrücklich bedankt. Mit einer Legende aufräumend, legte er dar, dass es am Ende richtigerweise das gemeinsame Zusammengehen beider Städte gegeben hat, welches einen tierischen Plan der Landesregierung durchkreuzt hat. Es war nämlich damals schon vorgesehen, das dritte Oberzentrum in Frage zu stellen. Niemand setzte damals auf die Vision des Zusammengehens von Roßlau und Dessau, denn es gab zuvor eine Abstimmung über eine mögliche Eingemeindung, die weggestimmt wurde. Er erinnert sich daran, dass man mit der Kasse von Roßlau zu Herrn Oberbürgermeister Otto gefahren ist, um deutlich zu machen, dass es nie ein gemeinsames Miteinander geben wird. Dann gab es die Idee der Fusion. Herr Otto war hier Akteur und es waren viele, die dafür gesorgt haben, dass das was wir heute verwalten, gelang. Die Landesregierung hat nach Abstimmung dieses Bürgerentscheides in Roßlau 6 Wochen Funkstille gehabt, weil sie nicht wussten, wie sie mit dem Ergebnis umgehen sollen. Das ist die Wahrheit. Er braucht keinen Antrag von Herrn Dreibrodts, um sein Bekenntnis zu dieser Stadt abzugeben. Er steht für diese Stadt als Doppelstadt Dessau-Roßlau. Über die zukünftige Entwicklung muss diskutiert werden, in den letzten 10 Jahren ist man an vielen Stellen nicht weitergekommen. Es ist legitim über Veränderungen nachzudenken. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen sollten aufhören, dann sei ein gemeinsames Miteinander wieder möglich.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, gab bekannt, dass er an der Abstimmung zur Vorlage nicht teilnimmt und seinen Platz verlassen wird, denn er könne der Vorlage

weder zustimmen, noch dagegen stimmen, oder enthalten, weil sie in der Form nicht stimmt. Der Titel lautet: Bekenntnis zur Doppelstadt Dessau-Roßlau. Die geltende Hauptsatzung sagt aus, dass die Stadt Dessau-Roßlau den amtlichen Namen Dessau-Roßlau führt. Von einer Doppelstadt ist hier nicht die Rede. Weiterhin steht in der Hauptsatzung, dass die bisherige Stadt Dessau zum Stadtteil Dessau wird und die bisherige Stadt Roßlau (Elbe) wird zum Stadtteil Roßlau (Elbe). Von Untergang steht in der Hauptsatzung nichts, weshalb er alle um sachliche Formulierungen bittet. **Herr Dreibrodt, fraktionslos**, bezog sich auf die Aussagen von Herrn Schönemann und teilte mit, dass er zur letzten Stadtratssitzung des noch eigenständigen Stadtrates Dessau am 04.04.2007 anwesend war. Ganz überraschend hatte Herr Schönemann mit noch drei anderen Stadträten eine Vorlage eingereicht, um noch vor der Fusion aus Dessau die Bauhausstadt Dessau zu machen, was zu dem Kuriosum geführt hätte, dass wenige Wochen später die Stadt den Namen Bauhausstadt Dessau getragen hätte. Allerdings wurde die Vorlage von dem Dessauer Stadtrat abgelehnt. Aber Herr Schönemann hat in seiner Begründung gesagt, dass er der Stadt Dessau noch eine Mitgift in die Städtehochzeit geben will. Schon mehrfach hat er das versucht, es war keine Mitgift, sondern Gift für die Doppelstadt.

Nach Verlesen des von Herrn Otto eingereichten **Änderungsantrages** wurde dieser zur Abstimmung gebracht und mehrheitlich **abgelehnt** (15:22:05).

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt anlässlich des 10. Gründungsjubiläums folgendes Bekenntnis:

Die Zukunft der untergegangenen Städte Dessau und Roßlau soll auch weiterhin gemäß Geist und Buchstaben des Fusionsvertrages in der gemeinsamen Doppelstadt Dessau-Roßlau erfolgreich gestaltet werden, auch wenn ein Landtagsbeschluss diesen Vertrag ersetzt hat. Hierbei stehen für den Stadtrat die inhaltliche Aufgabe und die ausgewogene Beachtung der Interessen der Stadtteile Roßlau und Dessau im Vordergrund.

Abstimmungsergebnis: 22:15:04

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, nahm an der Abstimmung zur Vorlage nicht teil. Nach der Abstimmung verließen Herr Bönecke und Herr Dr. Hunger, jeweils Fraktion Pro Dessau-Roßlau, die Sitzung.

8.2 Durchführung einer Bürgerbefragung zur Umbenennung der Stadt Dessau-Roßlau in Dessau **Vorlage: FV/002/2017/StR**

Die Beschlussvorlage wurde vor dem Tagesordnungspunkt 8.1 behandelt.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, verwies auf die Aussage des Physikers und freien Journalisten, Peer Luka: „Um einen gesunden Kompromiss schließen zu können,

braucht man einen guten Verstand, Mut, Friedensbereitschaft und zwischen denen gibt es keine Hierarchie.“

Die vorliegende Beschlussvorlage wird seit 3 Monaten öffentlich und nichtöffentlich diskutiert und auch vom Land thematisiert. Es gab viele angenehme Momente in den Diskussionen, aber auch unangenehme Situationen durch persönliche Angriffe, welche überstanden wurden. Vor ca. 6 Wochen hat die CDU-Fraktion in dieses Thema eingegriffen und begonnen, effektive und neutrale Gespräche zu führen. Es ist gelungen, die verschiedenen Interessenvertreter an einen Tisch zu holen. Es gab viele Gespräche und Telefonate in den letzten Wochen. Mit jedem Gespräch ist es gelungen, die Vertreter näher zusammenzubringen. Der Änderungsantrag, den er für die Fraktion CDU, für die Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen und der Fraktion AfD einbringt und der heute vorliegt, ist ein Produkt der Kommunikation zwischen Vertretern des Ortschaftsrates und den Fraktionen und basiert auf den Gedanken der Vertreter des Ortschaftsrates.

Der Änderungsantrag sieht vor, als erstes in einen gemeinsamen Diskussionsprozess einzutreten. Hierzu gehört auch die Bitte an den Oberbürgermeister, Informationsveranstaltungen durchzuführen. Er setzt voraus, dass diese Veranstaltungen auch durch die Vertreter der Fraktionen und Initiatoren, wie dem Wirtschafts- und Industriecenter, zwingend aktiv begleitet werden. In den letzten Wochen haben sich Gräben gebildet, nicht nur zwischen Stadtteilen, sondern auch im Stadtrat. Bisherige Versuche durch Aktionismus eine Abstimmung herbeizuführen, sind dadurch gescheitert, dass keine Einigkeit bestand. Jede Aktion bewirkt eine Reaktion. Heute besteht die Möglichkeit, diese Gräben zu schließen und gemeinsam als Doppelstadt einen Weg zu beschreiten, bei dem die Bürger in einem Abstimmungsprozess aktiv begleitet und beteiligt werden. Es muss ein Signal an alle Bürgerinnen und Bürger gesandt werden. Es liegt an die Stadträtinnen und Stadträte, einen vernünftigen Abstimmungsprozess in Gang zu setzen, in dem der vorliegende Änderungsantrag angenommen wird.

Herr Schönmeyer, Fraktion Die Linke, machte auf den Prozess, den diese Vorlage durchlaufen hat, aufmerksam. Es bestand eine einmalige und außergewöhnliche Situation, in dem ein Arbeitskreis von Wirtschaft und Politik sich Gedanken über die Zukunft dieser Stadt gemacht und versucht hat, das auf einen Nenner zu bringen. Er erinnerte an den 1. Auftakt in Richtung eines Bürgerentscheides, welcher damals von fünf Fraktionen begleitet wurde, immer noch in der Annahme, es würde im Stadtrat eine 2/3 Mehrheit geben, welche jedoch nicht zustande kam. Danach wurde versucht, es über eine Befragung auf den Weg zu bringen, um ein reales Bild, auch aus der Bevölkerung, zu bekommen, was sehr kontrovers diskutiert wurde. Die jetzige Beschlussvorlage, mit der Ergänzung des heute vorliegenden Änderungsantrages der Fraktionen CDU, Liberales Bürger-Forum/Die Grünen und der AfD, liegen Aktivitäten und Mitwirkungen weiterer Fraktionen zugrunde. Die Fraktion Die Linke wird diesem Änderungsantrag beitreten. Heute wird die wirkliche Richtung, eine Zukunftsdiskussion für beide Stadtteile auf den Weg gebracht, was uns aus der schwierigen Situation, in der wir uns befinden, herausführt und von Anfang an das Ziel der Fraktion Die Linke war. Diese im Rahmen von engagierten Kommunalpolitikern gesetzten Aktivitäten und Aktionen führten zu starken Verkürzungen in der Wahrnehmung in der öffentlichen Presse und in der Bürgerschaft. Schon zu diesem Zeitpunkt hatten sie ein anderes Ziel, was leider nicht transportiert wurde. Er regte ein Zukunftsforum

in Kooperation mit den vorhandenen Unterstützern in der Stadt an. Bereit stehen das Umweltbundesamt, die Fachhochschule Anhalt, die Wirtschaftsverbände und alle Fraktionen. Angesichts einer weiteren dramatischen Schrumpfung der Einwohnerzahl, der ungebremsten Überalterung und der weitergehenden Verluste unserer Jugend, ist es nicht nur die Aufgabe, sondern die Pflicht der Kommunalpolitik, die Probleme der Doppelstadt zu analysieren und Möglichkeiten zu entwickeln, die sie aus dieser verhängnisvollen Situation herausführen. Hier sind auch der Oberbürgermeister und die Dezernenten gefragt.

In der Begleitung der bisherigen Aktivitäten ist es unverständlich, wieso dieses Thema auf den Stadtnamen verkürzt wird, obwohl der Masterplan Bauhausstadt vieles an Aktivitäten beschrieben hat und dieser Schritt für Schritt umgesetzt wird, wie das Bauhausmuseum, die Kavalierstraße und vieles andere mehr. Resümierend rief er in Erinnerung, dass beide Teile der Doppelstadt im 20. Jahrhundert Industriegeschichte geschrieben haben. Die Roßlauer Schiffswerft der Gebrüder Sachsenberg war über Jahre die größte Binnenwerft Europas. Mit den dort betriebenen Forschungen zu Tragflächenbooten stand dieses Werk an der Weltspitze. Industriegeschichtliche, wie kulturhistorische Aspekte, die die Junkerswerke gemeinsam mit dem Bauhaus setzten, machten sie nach der heutigen Sicht zum damaligen Silicon Valley. Der Ansatz der ökonomischen und technologischen Dynamik müsse wieder entfacht werden, weshalb es falsch wäre, einen möglichen Stadtnamen Bauhausstadt Dessau, oder Dessau-Bauhausstadt, auf das historische Bauhauserbe zu reduzieren. Die Aufnahme der Laubenganghäuser in die UNESCO-Welterbeliste und die finanzielle Zuwendung der Getty-Stiftung zeigen die erhebliche Strahlkraft dieses ehemaligen Erbes. Es geht also darum, die Aufbruchstimmung der damaligen Zeit in das beginnende 21. Jahrhundert zu holen. Dazu ist man mit den entsprechenden Partnern in der Lage, weshalb die Fraktion Die Linke für ein Zukunftsforum, einem Arbeitskreis aus Wirtschaft, Kultur, Bildung und Politik, plädiert, auch um diesen Prozess, der heute auf den Weg gebracht wird, mit der nötigen Akzeptanz zu untersetzen.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, verwies auf die überschrittene Redezeit und bat um Einhaltung dieser bei den künftigen Redebeiträgen.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, merkte an, dass sich die Fraktionsvorsitzenden nach der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses noch einmal über ein gemeinsames Ziel verständigt haben, vor allem drüber, die Bürger mitentscheiden zu lassen. Vor der Stadtratssitzung hat er mit Bürgern aus Roßlau gesprochen und versucht, diesen das Vorhaben zu erklären. Am Ende des Gespräches haben ihm die Bürger beigeplichtet mit dem Hinweis, dass bisher niemand ihnen das so erzählt hat. Die SPD-Fraktion wird sich dem Antrag der CDU-Fraktion anschließen.

Auf die langen und schwierigen Gespräche eingehend, brachte **Frau Benckenstein, Fraktion AfD**, ihre Freude zum Ausdruck, dass die Fraktion mit einbezogen wurde und man mit dem Ergebnis erst einmal leben kann. Sie hofft, dass die weiteren Diskussionen friedlich geführt werden.

Herr Grey, NPD, sprach sich persönlich für den Erhalt einer Doppelstadt, unter dem Namen Dessau-Roßlau, aus. Wenn der Stadtrat aber dem Antrag der Kommunisten folgen sollte, wird er sich auf die Seite von Roßlau stellen und ein Ausscheiden aus dem Städteverbund unterstützen. Er verwies auf das vom Oberbürgermeister in der

letzten Sitzung geäußerte Zitat: „Bedenke das Ende.“ Für den Fall des Falles ist ein Ende mit Schrecken besser als ein Schrecken ohne Ende, denn die Frage ist, was folgt als nächstes, wenn man sich nicht einmal mehr auf geschlossene Verträge verlassen kann. Wenn eine Umbenennung der Stadt die Kreativität darstellen sollte, mit der man Dessau-Roßlau wieder nach vorn bringen möchte, ist man in Dessau-Roßlau hoffnungslos verloren. Eine eigenständige Stadt Roßlau wäre dann die bessere Alternative. Dem Ortschaftsrat und den Roßlauer Bürgern sollte es nicht am nötigen Selbstbewusstsein mangeln, denn sehr viele Städte, die zum Teil auch viel kleiner sind als Roßlau, haben in der Vergangenheit bewiesen, dass die Größe allein nicht entscheidend ist. Viel wichtiger ist Beständigkeit, Verlässlichkeit, Entschlossenheit bzw. dass ausgemachten Opportunisten von Anfang an in die Schranken gewiesen werden. Deshalb sollten die Stadträte heute sehr gut abwägen, wie sie abstimmen, denn es könnte nicht der Anfang einer neuen Stadt Dessau sein, sondern das Ende ihrer Kreisfreiheit.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, ging auf den sich heute abzeichnenden Konsens ein und verwies auf die sehr intensiven Diskussionen. Das heute vorliegende Ergebnis bietet eine gute Basis für eine zukünftige Diskussionskultur. Es geht in Wirklichkeit nicht um den Stadtnamen, sondern um die Zukunft der Doppelstadt. Im Wettbewerb der Regionen um ein gutes Image, um eine positive Wahrnehmbarkeit, um Attraktivität und positive wirtschaftliche Entwicklungen. Da diese Ziele nur in der Doppelstadt erreichbar sind, gibt die Fraktion ein uneingeschränktes und gelebtes Bekenntnis zu einer gemeinsamen Zukunft dieser Stadt und zur Entwicklung des Oberzentrums in einer kreisfreien Stadt ab. Die weitere Debatte macht nur Sinn, wenn wir sie von der alleinigen Namensdiskussion lösen und auch über Maßnahmen und Chancen für die weitere Entwicklung auf beiden Seiten der Elbe diskutieren. Sie kann nur erfolgreich sein, wenn in allen Phasen der Diskussion ein respektvoller Umgang und eine vertrauensvolle Offenheit Leitlinien der Diskussion sind, wenn man sich nur an der Sache orientiert und auch in schwierigen Situationen gelassen bleibt. Diese Voraussetzungen werden mit dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen geschaffen. Er berücksichtigt im vollen Umfang die langen Diskussionen, die mit dem Ortschaftsrat in Roßlau geführt wurden. Er ist dem Ortschaftsrat dankbar für die bisherige konstruktive Diskussion, für die Verlässlichkeit und für die bisher erzielten Ergebnisse. Auf dieser Basis besteht die Chance für eine weitere Diskussion.

Nachdem **Herr Mau, CDU-Fraktion**, das Rederecht für die stellvertretende Ortsbürgermeisterin, **Frau Gernoth**, beantragt hat, führte diese aus, auch für die Bürgerinnen und Bürger aus Roßlau zu sprechen. Sie findet es toll zu hören, wie man den Wachstumsaufschwung hinbekommen will und was alles schon entstanden ist, denn es waren damals alle daran interessiert, unsere Doppelstadt mit Inhalten zu füllen und gemeinsam diese Stadt zu leben, was unsere Vereine ganz besonders darstellen, ob das der Leopoldverein oder der Schifferverein ist. Diese zeigen, wie gemeinsam unser soziales und gesellschaftliches Leben gestaltet werden kann. Sie dankte dafür, dass überhaupt noch Diskussionen mit Roßlau stattgefunden haben. Leider sind die Fraktionsvorsitzenden nicht einmal nach Roßlau gekommen. Die Botschaft der Roßlauer Bürger näherbringend verwies sie auf das Unverständnis, warum der Name Dessau-Roßlau nicht als Verwaltungsname bleiben kann, denn die Stadt könne trotzdem gestaltet und weiter vermarktet werden. Es sei schön, dass die Bürger jetzt mitgenommen werden. Sie erinnerte an die im Jahr 2013 vorliegenden

8000 Unterschriften, wo die Bürger nicht mitgenommen, sondern mit Füßen getreten wurden.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, bekräftigte den zum Anfang der Sitzung gestellten Änderungsantrag zur Tagesordnung, der die Intention hatte, bestimmte Dinge und Härten aus dieser Tagesordnung zu nehmen. Er unterstellt niemandem, dieser Stadt Schaden zufügen zu wollen. Es sollte darauf geachtet werden, dass die Fakten, die zu dieser Diskussion gehören, auch die Fakten sind, die da sind und nicht Emotionen bedient werden, die eventuell nicht stimmen. Es sollte keine Veranstaltung geben, bei der sich Protagonisten, die eine andere Idee haben, erklären müssen, denn man müsse denken dürfen, wie man bestimmte Dinge sieht. Es müsse sich mit Fakten und Argumenten und nicht mit der Person auseinandergesetzt werden, denn einiges, was er erlebt hat, hatte nicht den Charakter einer Diskussion um das Zukunftsproblem zu lösen, sondern wo man in die Situation gedrängt wird, sich erklären zu müssen für das was man denkt. Es geht nicht nur um den Namen, sondern um eine Strategie, die festgestellte Defizite ändert. Er hatte bereits vor Wochen gesagt, dass die Instrumente, die wir haben, zum Klingen gebracht werden müssen. Wenn dabei der Name eine Rolle spielt, müsse das auch gesagt werden dürfen, ohne dafür in eine Ecke gestellt zu werden.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, verwies darauf, dass fast alle Fraktionen diesen Antrag unterstützen oder diesem beitreten. Deshalb sollte die Diskussion beendet werden.

Seitens des Präsidiums wurde festgestellt, dass Herr Dr. Melchior gemäß der Geschäftsordnung keinen Antrag auf **Ende der Debatte** stellen kann. Dieser **Antrag** wurde von **Herrn Busch, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen** gestellt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte, dass **die Fraktion Die Linke als Einreicher der Beschlussvorlage den Antrag** der Fraktionen CDU, Bürger-Forum/Die Grünen und AfD **übernimmt**.

Zuerst kam die Namensdiskussion und jetzt wird darauf verwiesen, dass die gesamte Stadt weiterentwickelt werden muss, was schon gemacht wird, erklärte **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Mit dem gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzept wurde begonnen, ein neues Konzept mit Hilfe von Fördermitteln aufzustellen. Er versteht nach wie vor nicht, warum der amtliche Name geändert werden soll. Die Stadtmarketinggesellschaft hat in zwei Workshops zum Markenbildungsprozess Vorschläge unterbreitet, die genau in die richtige Richtung gehen. Er sagt nicht, dass er dem Ministerpräsidenten zustimmt und ob er es schön findet, dass sich ein Ministerpräsident in einen kommunalen Streit einmischt. Es gibt aber Landräte, die schon Landtagesabgeordnete um sich scharen, um endlich die Stadt Dessau-Roßlau einzuverleiben. Er hat nicht den Eindruck, dass mit dem Ortschaftsrat Roßlau Konsens besteht. Herr Vester war der Anmelder für eine Gegendemonstration. Er, Herr Oberbürgermeister Kuras, hat immer auf die zwei Kriterien für seine Entscheidung verwiesen: Ist der Stadtteil Roßlau mit der Sache einverstanden, oder will er weiter diese Stadt verlassen und ist die Kreisfreiheit in Gefahr. Beide Kriterien sind nicht ausgeräumt. Er unterstellt niemandem, der Stadt Schaden zufügen zu wollen. An Herrn Hoffmann gerichtet, merkte er an, es sei nicht verwunderlich, dass es bei einer Namensdiskussion Emotionen gibt, denn Namen sind nicht nur Schall und Rauch, sondern Identifika-

tion. Er vermisst nach wie vor Argumente, warum der amtliche Stadtnamen geändert werden muss, um in der Stadtentwicklung zu neuen Ufern zu kommen. Vielleicht gibt es in dem Prozess die Chance das aufzuklären. Dem Antrag kann er nicht zustimmen.

Herr Mau, CDU-Fraktion, verwies auf eine zweimalige Wortmeldung von Herrn Dreibrodt.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, entschuldigte sich für das Übersehen der Wortmeldung, was sicherlich der Sitzordnung, aber auch zu zaghaftem Melden geschuldet ist.

Da **Herr Mau, CDU-Fraktion**, noch auf der Rednerliste stand erhielt er das Wort und erklärte, sein Rederecht an Herrn Dreibrodt abgeben zu wollen. Dies wurde seitens des Präsidiums nicht zugelassen, da diese Verfahrensweise die Geschäftsordnung nicht vorsieht. Herr Mau, CDU-Fraktion, bat darum, ihm zu glauben, dass sich Herr Dreibrodt zweimal gemeldet hat. Er dankte Herrn Adamek von der CDU-Fraktion für die Erarbeitung des Änderungsantrages. Für die Prüfung einer Fusion hatte Herr Schönemann 10 Jahre Zeit, um Großkühnau und Kleinkühnau zu Kühnau zu machen, dann wüsste er, wie Emotionen geladen sind. Schon am 01.07.2007 sollte eine Namensänderung durchgeführt werden, die dann aber vom Alterspräsidenten, Herrn Sauermilch, nicht auf die Tagesordnung genommen wurde. Auf ein von Herrn Schönemann 2008 zugesagtes Konzept wartet der Roßlauer Ortschaftsrat bis heute. Menschen mitnehmen bedeutet auch über die Elbe zu kommen. Herr Eichelberg hatte eine Zusage zum Roßmarkt gegeben, aber bis heute war er nicht da. Er tritt alle 10 Jahre auf. Damals zur Kreisgebietsreform wollte er den Kreis erhalten und hat einen Job bekommen, heute bekommt er vielleicht wieder einen Job, wenn er diese Sache so mitmacht. Er hofft, dass die Stadtverwaltung da nicht mitgeht. Alle stimmen überein, dass diese Stadt entwickelt werden soll, aber das geht auch mit Menschlichkeit untereinander. Schon seit 9 Jahren sagt er, dass nach Roßlau gegangen und die Leute überzeugt werden müssen. Aufgrund von Zwischenrufen erklärte Herr Mau, dass ihn das besonders betrifft, denn er hat bei der Fusion in der ersten Reihe gestanden, musste sich den Streit in Roßlau anhören und jetzt macht er das schlimmer als vorher durch.

Es erfolgte die Abstimmung zur Vorlage, einschließlich des vom Einreicher übernommenen Änderungsantrages, so dass die 4 Punkte der ursprünglichen Beschlussvorlage durch die im Änderungsantrag genannten 9 Punkte ersetzt werden.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Beschlussfassung zu einer Bürgerbefragung zur Änderung des Stadtnamens erfolgt im Stadtrat am 06.12.2017.
2. Die öffentliche Diskussion dazu findet in der Zeit vom 01.10. bis 31.10.2017 statt. In dieser Zeit sollen, durch die Stadtverwaltung organisiert, 2 Informationsveranstaltungen stattfinden, davon eine in Roßlau und eine in Dessau, in denen die Bürger über die Änderung des Stadtnamens informiert werden.

3. Das Rechtsamt wird beauftragt, die Möglichkeit der Umsetzung des Positionspapiers des OR Roßlau bis spätestens 10.10.2017 zu prüfen und entsprechende Vorschläge der Umsetzung zu unterbreiten, die dann in eine gemeinsame Beschlussvorlage des OR Roßlau und des SR Dessau-Roßlau münden.
4. In dieser Zeit soll ein Informationspapier durch die Stadtverwaltung erstellt werden, das im Falle einer Bürgerbefragung an die Bürger versendet wird. Es soll umfassend über die Folgen einer Namensänderung informiert werden.
5. Im November werden die Veranstaltungen in den Gremien des Stadtrates ausgewertet und eine Beschlussvorlage zur Durchführung einer Bürgerbefragung erarbeitet.
6. Am 06.12.2017 erfolgt im Stadtrat der Beschluss zur Bürgerbefragung. In diesem Beschluss werden auch das Informationspapier sowie die Einzelheiten der organisatorischen Durchführung der Bürgerbefragung beschlossen.
7. Am 01.01. bis 31.01.2018 soll die Bürgerbefragung durchgeführt werden. Den Bürgern werden dazu das eigentliche Befragungsformular und das Informationspapier zugesendet.
8. Im Februar 2018 erfolgt die detaillierte Auswertung der Befragung nach Wahlkreisen.
9. Im März 2018 soll im Stadtrat der Beschluss für oder gegen die Antragstellung zur Namensumbenennung erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 32:08:04

8.3 Dem demografischen Wandel in Dessau-Roßlau begegnen **Vorlage: FV/004/2017/CDU**

Herr Adamek, CDU-Fraktion, erläuterte, dass diese Vorlage der Anfang eines fortlaufenden Prozesses ist. Mit diesem ersten Schritt werden die Menschen, die neu in unsere Stadt kommen möchten, angesprochen. Diese sollen unterstützt und Anreize geschaffen werden, nach Dessau-Roßlau zu ziehen. Während der Debatte im Haupt- und Personalausschuss wurde die Vorlage als Prüfauftrag bezeichnet. Er wolle jedoch klarstellen, dass es sich nicht um einen Prüfauftrag handelt. Die Stadtverwaltung wird mit dieser Beschlussvorlage beauftragt, eine entsprechende rechtskonforme Satzung zu erstellen und zur Diskussion in die Ausschussberatungen und danach in den Stadtrat einzubringen. Die in der Beschlussvorlage genannten Punkte dienen als Hinweise, wie eine Umsetzung erfolgen könnte. Diese Punkte müssen in der Verwaltung so qualifiziert werden, dass Menschen, die in unsere Stadt ziehen, um zu studieren, um eine Ausbildung aufzunehmen, oder um eine Arbeit anzunehmen, unterstützt werden. Es ist klar, dass wir in einem nächsten Schritt dringend etwas für die Jugend in unserer Stadt tun müssen. Hierzu gab es bereits erste Gespräche mit Bürgern und mit dem Sozialdezernenten Herrn Krause. Wir schaffen eine Satzung gegen den demografischen Wandel, die erweiterbar sein wird, so dass jederzeit auf neue Erkenntnisse und Entwicklungen reagiert werden kann. Er dankte für den vielseitigen Input aus der Bürgerschaft, den Fraktionen und der Stadtverwaltung.

Frau Perl, SPD-Fraktion, bemerkte, dass schon seit Jahren vom demografischen Wandel gesprochen und auf die 38,9 % prekären Beschäftigungsverhältnisse verwiesen wurde. Insofern stellen sich bestimmte Fragen, ob zum Beispiel junge Leute mit befristeten Arbeitsverhältnissen einen Kredit von unserer Stadtparkasse bekommen. Die Fraktion bittet um die Behandlung der Vorlage im Haushalt- und Finanzausschuss, um zu wissen, welche Kosten auf uns zu kommen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, legte an Herrn Adamek gerichtet dar, dass er sich gefreut hätte, wenn Herr Adamek einen Ergänzungsantrag aus dem Haupt- und Personalausschuss erwähnt hätte. So möchte die Fraktion Die Linke abprüfen, inwieweit es möglich ist, eine Jugendvertretung demokratischer Art in dieser Stadt zu platzieren. Dazu sind entsprechende Satzungen und Erfahrungswerte aus anderen Gemeinden nötig. Es ist an der Zeit, ein deutliches Zeichen auch in diese Richtung zu setzen, nachdem der große Teil der erfahrenen Bürger dieser Stadt eine Begleitung durch jugendliche Spontanität erfahren. Das bringt er als Ergänzungsvorschlag zur Beschlussvorlage ein. Dieser Beschlussvorschlag ist im Haupt- und Personalausschuss nicht als Beschlussvorschlag in den Stadtrat gekommen, sondern ist in Richtung Prüfauftrag qualifiziert worden, fuhr Herr Schönemann fort. Jetzt durchläuft dieser die Untersetzung finanztechnischer Natur und der haushaltstechnischen Begleitung, weil er im Augenblick nicht untersetzt ist. So war die Diskussion im Haupt- und Personalausschuss.

Erwidernd stellte **Herr Adamek, CDU-Fraktion,** fest, dieses eindeutig nicht als Prüfauftrag zu sehen. Diese Beschlussvorlage sagt aus, dass die Stadtverwaltung aufgefordert wird, eine Satzung zu erarbeiten. Die vier Punkte in der Beschlussvorlage sind Hinweise, wie etwas umgesetzt werden könnte. Deshalb ist es auch finanziell nicht hinterlegt. Die finanzielle Hinterlegung würde mit der Beschlussvorlage, die in Form einer Satzung von der Stadtverwaltung erstellt wird, untermauert werden.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** gab die Abstimmungsergebnisse der vorberatenden Gremien bekannt, welche der Beschlussvorlage einstimmig zugestimmt haben.

Er begrüßt diese Beschlussvorlage ausdrücklich, bemerkte **Herr Oberbürgermeister Kuras.** Die Stadtverwaltung versteht diesen Beschluss auch als Prüfung, zum einen rechtlich und zum anderen in finanzieller Hinsicht. Die Kämmerei hat schon mit dem Prüfprozess begonnen. Er sieht die Beschlussvorlage wie Herr Schönemann als Prüfauftrag, es wird eine vernünftige Lösung gefunden. Herr Beigeordneter Krause wird, wahrscheinlich schon in der nächsten Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses, einen fundierten Vorschlag unterbreiten, wie eine Jugendvertretung aussehen könnte.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, gab die Unterstützung seitens seiner Fraktion zur Vorlage bekannt. Natürlich muss die Beigeordnete für Finanzen noch einmal prüfen, inwieweit das möglich ist. Nur das ist ihr Ansinnen. Sie unterstützen ebenso eine Jugendvertretung.

Herr Mau, CDU-Fraktion, sprach dem Bürger Herrn Jacob-Uwe Weber seinen Dank für das mit der CDU-Fraktion ausgearbeitete Papier, welches gemeinsam in den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus eingereicht wurde, aus.

Die Jugendvertretung wird auch begrüßt, jedoch sollte es diesbezüglich eine extra Vorlage geben. Die vorliegende Beschlussvorlage ist ein kleiner Schritt, für den man fast 15 Jahre gebraucht hat und wo man schon viel weiter sein könnte. Er verwies darauf, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus der strategische Ausschuss für die Stadt Dessau-Roßlau ist. Hier sollten immer mehr solche Anträge eingebracht werden, die dann als Prüfaufträge oder als Beschlussvorlagen ausgearbeitet werden und als Auftrag in die Verwaltung gehen.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, legte dar, dem demografischen Wandel in Dessau-Roßlau zu begegnen ist nicht nur eine Aufgabe des Stadtrates und des Oberbürgermeisters, sondern das geht Europa etwas an, dem Bund und das Land. Die Rahmenbedingungen für unsere Stadt, für unser Bundesland und die neuen Bundesländer sind schlecht. Am Beispiel eines Tariflohnes verwies er darauf, dass ein Westmaler 2.122 € bekommt und der im Osten 1.907 €. Das wäre nicht so schlimm, wenn gleichzeitig für den Osten der Rentenpunkt Ost gelten würde. Er könne nachvollziehen, wenn Jugendliche den Osten verlassen, eine Familie gründen und dort arbeiten, wo ihre Arbeit auch anerkannt wird. Es ist nicht nur der Tariflohn. Das schlimme ist, dass Bürger, die nach dem 3. Oktober 1990 geboren sind, immer noch Ostrentenpunkte bekommen. Das sind die Ursachen, warum wir veraltern. Es kennt viele, die diese Stadt verlassen haben, weil sie eine Familie gründen und dafür Arbeitsplätze brauchen, Löhne und Gehälter, die wirksam sind. Wenn diese Rahmenbedingungen nicht geklärt werden können, gemeinsam in diesem Land, müsse man sich nicht wundern, wenn junge Menschen diese Stadt verlassen.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, erklärte, die Beschlussvorlage ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Diesem Antrag sollte zugestimmt werden. Dass er nicht ausreichend wirkt, um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken, ist richtig. Dazu bedarf es Arbeitsplätze, die geschaffen werden müssen. Die dafür notwendigen Rahmenbedingungen muss die Politik schaffen, aber wirtschaftlich Einfluss nehmen in die Unternehmen kann die Politik nicht. Die Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, erklärte, der Stadtrat kann keine Arbeitsplätze schaffen, sondern nur Wege ebnen. Er kann aber auch alles zerreden, oder eben etwas machen.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung Dessau-Roßlau wird beauftragt, bis zum 31.10.2017 eine Satzung zu erarbeiten, die Maßnahmen gegen den demografischen Wandel in Dessau-Roßlau enthält. Die Satzung bedarf der Zustimmung des Stadtrates. Sie soll in die zuständigen Fachausschüsse eingebracht und in der Stadtratssitzung vom 06.12.2017 beschlossen werden, um mit Wirkung des 01.01.2018 in Kraft zu treten.

Die Satzung sollte nach rechtlicher Prüfung die folgenden Maßnahmen enthalten:

1. Einführung einer „Erstwohnsitzprämie“ für Personen unter 26 Jahren. Hiermit unterstützt die Stadt junge Menschen, die zum Zwecke der Ausbildung oder des Studiums den Hauptwohnsitz in die Stadt verlegen, für zwei Jahre lang mit einer Prämie in Höhe von 250,- € pro Jahr. Die Zahlung erfolgt auf Antrag einmal jährlich. Für die Dauer von zwei Jahren darf der Hauptwohnsitz nicht

unterbrochen oder abgemeldet werden. Bei Abmeldung des Hauptwohnsitzes vor Ablauf des unterstützten Zeitraums ist der erstattete Betrag zurück zu zahlen.

2. Einführung einer „Zuzugs-Unterstützung“ für Neubürgerinnen und Neubürger sowie rückkehrwillige ehemalige Einwohnerinnen und Einwohner, welche nach Dessau-Roßlau ziehen bzw. zurückkehren. Diese erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 250,- €. Die Zahlung erfolgt auf Antrag. Für die Dauer von zwei Jahren darf der Hauptwohnsitz nicht unterbrochen oder abgemeldet werden. Bei Abmeldung des Hauptwohnsitzes vor Ablauf des Zeitraums von zwei Jahren ist der erstattete Betrag zurück zu zahlen.
3. Einführung einer „Unterstützung für Neugeborene“. Hierbei unterstützt die Stadt Dessau-Roßlau in der Stadt wohnhafte Eltern nach der Geburt eines Kindes mit einem Kindersparbuch und einer Spareinlage in Höhe von 250,- € für das Kind (Laufzeit von 7 Jahren) und einem 250,-€-Gutschein für einen Kindergarten in Dessau-Roßlau.
4. Einführung eines „Baubonus“ für junge Familien mit geringem Einkommen. Hierbei überlässt die Stadt Dessau-Roßlau Familien mit zwei oder mehr Kindern, deren Gesamteinkommen die Einkommensgrenzen des § 9 Abs. 2 Wohnraumförderungsgesetz (WoFG) um nicht mehr als 80 % überschreitet, ein Baugrundstück zu geringsten Preisen. Die Baugrundstücke sollen auf städtischen Stadtumbauflächen (z.B. Dessau-West) ausgewiesen werden, die nicht mehr durch Förderprogramme gebunden sind. Die Einkommensgrenzen sowie die rechtlich möglichen Grundstückspreise sind durch die Stadt zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: 40:01:01

8.4 Straßenbenennung - Dr.-Helmut-Kohl-Chaussee **Vorlage: FV/005/2017/CDU**

Die Beschlussvorlage wurde seitens des Einreichers zurückgezogen.

8.5 Teilnahme an der Kampagne "Fairtrade Towns" zur Verleihung des Titels "Fair-Trade-Town" **Vorlage: BV/140/2017/LBF/GR**

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, bedankte sich zunächst für die Zusammenarbeit mit dem EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt e. V., sowie dem Büro des Oberbürgermeisters zur Ausformulierung und Legitimierung der Vorlage. Mit Beschluss der Vorlage würde der Stadtrat einwilligen, dass Fair Trade-Produkte in begrenztem Maße in die Stadtverwaltung und in den Stadtrat Einzug halten und ein Gremium sowie die Stadtmarketinggesellschaft einbezogen werden, um dafür zu werben, mehr Fair Trade-Produkte in der Stadt anzubieten. In mehreren

Ausschüssen ist Kritik zum Thema Preisgestaltung aufgekommen. Auf der Webseite www.fairtrade-deutschland.de kann nachgelesen werden, wie die Preisgestaltung stattfindet; auch kritische Berichterstattungen sind zu finden. Es gibt verschiedene Standards für Fair Trade, seine nachfolgenden Worte beziehen sich jedoch nur auf das Fairtrade-Siegel Deutschland. Die Fair Trade-Unternehmen haben keinen Einfluss auf die Preisgestaltung in den Läden vor Ort, jedoch fordern sie einen Mindestpreis und eine Prämie für die Produzenten, um nachhaltig zu produzieren, einen Lebensstandard zu sichern und soziale Gemeinschaftsprojekte zu unterstützen. Die Preise werden individuell ausgehandelt, sind zumeist aber weltweit die gleichen. Dass die Organisation eines solchen Verhandlungsprozesses Geld kostet, ist sicherlich jedem klar. Am Ende stehen die Produzenten vertraglich mit den Zwischenhändlern in Verbindung. Ein fairer Handel ist gut für die Umwelt, sorgt für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen vor Ort, kann Länder stabilisieren und viele Fluchtgründe beseitigen. Außerdem ist es eine Geste, wenn die Stadt einen kleinen Beitrag leistet, um zu zeigen, dass fairer Handel wichtig für eine gerechtere Welt ist. Letztlich wird mit dem Beschluss an mehr Vielfalt auf den Ladentischen und in den Restaurants appelliert. Er bat um Unterstützung, um mit gutem Beispiel voranzugehen.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, sieht gemäß der Anlage, Punkt 3, einen deutlichen Eingriff in die freie Wirtschaft, wenn in den Einzelhandelsgeschäften das Anbieten von Fair Trade-Produkten vorgeschrieben ist. Mit dem Thema Fair Trade hat er grundsätzlich ein Problem, insbesondere was den Fair Trade Kaffee angeht.

Während des Tagesordnungspunktes verließ **Herr Eichelberg** zeitweise von 19:46 Uhr bis 19:51 Uhr die Sitzung. Er nahm an der Abstimmung zur Vorlage teil. **Frau Stabbert-Kühl, Fraktion Die Linke**, verließ vor der Abstimmung die Sitzung.

Beschluss:

Um eine Teilnahme an der Fairtrade Towns Kampagne zu ermöglichen, beschließt der Rat der Stadt Dessau-Roßlau:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau nimmt an der Kampagne „Fairtrade Towns“ teil. Die Verwaltung ist aufgefordert, die erforderlichen Anträge für die Verleihung des Titels „Fair-Trade-Town“ zu stellen.
2. Die Verwaltung ist aufgefordert, die Umsetzung der für den Titel erforderlichen Kriterien (siehe Anlage 1) zu organisieren.
3. Bei allen künftigen Ratssitzungen und im Büro des Oberbürgermeisters ist in Zukunft ein fair gehandelter Kaffee und ein weiteres fair gehandeltes Produkt (Tee, Zucker, Kakao, Orangensaft) anzubieten.

Abstimmungsergebnis: 27:10:04

8.6 Abschlussbericht des zeitweiligen Ausschusses zur Begleitung des Sanierungskonzeptes des DRHV 2006 e.V./Sportmarketing Dessau-Roßlau
Vorlage: FV/007/2017/StR

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, erläuterte, da der Stadtrat den zeitweiligen Ausschuss zur Begleitung der Sanierung des DRHV eingesetzt hat, muss er auch die Beendigung beschließen. Der Ausschuss hat in seiner letzten Sitzung festgestellt, dass seine Arbeit abgeschlossen ist, weshalb die Beschlussvorlage heute zur Behandlung, einschließlich des Abschlussberichtes der Stadtverwaltung, vorliegt. Die Einsetzung des Ausschusses war richtig und wichtig, da die im politischen Raum bestandenen Missverständnisse und Spekulationen ausgeräumt werden konnten. Der Ausschuss hat festgestellt, dass die Sanierung des Vereins abgeschlossen ist. Eine noch offene Frage zur Beihilfe soll im Haupt- und Personalausschuss bzw. im Ausschuss für Kultur beantwortet werden. Er bat um Zustimmung zur Vorlage.

1. Dem Abschlussbericht des zeitweilig beratenden Ausschusses zur Begleitung des Sanierungskonzeptes des DRHV 2006 e.V. / Sportmarketing Dessau-Roßlau wird zugestimmt.
2. Der zeitweilig beratende Ausschuss beendet damit seine Arbeit.
3. Regelmäßige Information zum Thema Beihilfe sind dem Ausschuss für Kultur und dem Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: 37:02:02

Im Anschluss an die Abstimmung verließ **Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, die Sitzung um 19:57 Uhr.

8.7 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2016
Vorlage: BV/219/2017/II-20BTM

Herr Oberbürgermeister Kuras, Herr Präger, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, Frau Müller, SPD-Fraktion und Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erklärten sich **befangen** und nahmen an der Behandlung des Tagesordnungspunktes nicht teil.

Beschluss:

Die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2016 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:00:00

8.8 Entschädigungsleitlinie der Stadt Dessau-Roßlau für Vertreter/Vertreterinnen der Stadt Dessau-Roßlau in städtischen Unternehmen
Vorlage: BV/250/2017/II-20BTM

Die Beschlussvorlage ist vom Einreicher zurückgezogen worden.

8.9 Belebung der Innenstadt durch die Anpassung der Gebührentarife der Sondernutzungssatzung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Nutzung des Marktplatzes Zerbster Straße
Vorlage: BV/243/2017/II-32

Herr Adamek, CDU-Fraktion, verwies darauf, dass die Änderung der Sondernutzungssatzung auf eine Initiative seiner Fraktion basiert. Die neuen Gebührentarife gehen in die richtige Richtung. Er hofft, dass die Anlieger und neuen Anbieter kräftig davon Gebrauch machen und den Marktplatz mehr beleben.. Während der Vorbereitung der Beschlussvorlage wurde von mehreren Anliegern bemängelt, dass eine Nutzung der zentralen Fläche des Marktplatzes nicht möglich ist. Solange die Zerbster Straße weiterhin so stark durch Personenverkehr genutzt wird, so auch inoffiziell oder gar illegal durch Privatfahrzeuge, sollte geprüft werden, ob stärkere Kontrollen in dem Bereich erfolgen können, da es sich eindeutig um eine Fußgängerzone handelt und ein Befahren nur in bestimmten Ausnahmefällen zulässig ist. Zum anderen ist die mitverabschiedete Regelung zur Einengung von Verkehrsflächen zum Zweck der Gestaltung durch Blumenkübel und dergleichen nicht weitreichend genug. Es ist nicht genau definiert, in welchen Fällen solche Gestaltungselemente kostenfrei sind und welche Gremien darüber entscheiden. Ziel sollte laut der ursprünglichen Vorlage sein, dass die Kosten grundsätzlich im Bereich der Zerbster Straße entfallen. Er bat um nähere Erläuterung.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erklärte, dass für den fließenden Verkehr die Polizei zuständig ist. Das Ordnungsamt hat mit der Polizei intensive Gespräche geführt. Es wird massiv bestreift und die illegale Nutzung durch den Privatverkehr geahndet. Das bedeutet jedoch nicht, dass dieser rund um die Uhr verhindert wird.

Herr Adamek, CDU-Fraktion bat um eine schriftliche Antwort zu den erbetenen Erläuterungen.

Beschluss:

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Nutzung des Marktplatzes in der Zerbster Straße wird die Änderung der Gebührentarife Nr. 9, 10.4, 16.1, 16.3 und die Erweiterung um 16.5 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

8.10 Fortschreibung der Konzeptbausteine der Bewerbung der Stadt Dessau-Roßlau um die Durchführung der Landesgartenschau 2022 in Sachsen-Anhalt
Vorlage: BV/244/2017/III-61

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm verwies auf die Stellungnahme des Oberbürgermeisters in dessen Bericht.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, erklärte, dass u. a. in der Juni-Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt grundsätzliche Probleme bei der Herangehensweise an die LAGA-Projekte geäußert wurden. Es entstand der Eindruck, dass einige übrig gebliebene Projekte vorgesetzt wurden und keine wirkliche Diskussion stattgefunden hat. Ein gravierendes Problem für seine Fraktion ist, dass eine grundsätzliche Zieldefinition bzw. Vision fehlt, die den Rahmen einer solchen Vorlage bilden sollte. Zuallererst ist ein Bekenntnis zum Mulde-Balkon von Nöten, was das Hauptziel ist. Das Experiment, eine mitgestaltende Bürgerbeteiligung zu arrangieren, sollte gewagt werden. Die intensive Einbeziehung der Bevölkerung kann dazu beitragen, die Attraktivität der Stadt zu steigern, besonders dann, wenn solche Themen, die jedem Bürger am Herzen liegen, aufgerufen werden. Die Gestaltung des Mulde-Balkons sollte nicht getrennt von der neuen Promenade stattfinden. Die Promenade befindet sich in einem schlimmen Zustand. Auf beiden Seiten der Mulde sollte eine erholsame Aussicht ermöglicht werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkte, da die Stadt nicht zielführend in Richtung LAGA 2022 unterwegs ist, bedarf es eines eigenen Arbeitstitels, der mehr Mut macht. Insofern müsse es eine Änderung geben. An Herrn Meier gewandt, der an der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt nicht teilnehmen konnte, verwies er auf die seitens des Ausschusses durchgeführte Begehung des Mulde-Ufers. Hierbei sind erste Ideen ausgetauscht worden. Er hofft, dass der Mulde-Balkon in einem vernünftigen Prozess eingebunden wird. Es wäre gut, wenn in einem Gestaltungswettbewerb auch der Bürger entsprechendes Gewicht bekommt. Die Fraktion Die Linke unterstützt den die vorliegende Fortschreibung ausdrücklich.

Auf die Ausführungen von Herrn Meier eingehend, legte **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, dar, dass sie mit dem Vorwurf des vorgesetzt Bekommens gegenüber der Politik Schwierigkeiten hat, da die Dinge, die der Politik im Zusammenhang mit der LAGA-Bewerbung vorgesetzt wurden, sehr umfassend diskutiert und auch die Bürger einbezogen wurden. Insofern war alles durchaus bekannt. Sie kann mittragen, dass für die Bausteine, die jetzt neu überlegt werden müssen, neue Personen mitgenommen werden müssen. Beachtet werden muss in diesem Zusammenhang, dass die Bürger nicht noch einmal das gleiche gefragt werden. Es wird auf die ausreichenden Informationen und Anregungen aufgebaut, die im Zusammenhang mit der Beteiligung an der LAGA-Bewerbung eingegangen sind. Es wird weiter in die Beteiligungsrunden und in die Öffentlichkeit gegangen.

Beschluss:

1. Die zügige Umsetzung der kurzfristigen Maßnahmen wird beschlossen.
2. Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen sind dazu in der laufenden Haushaltsplanung 2018 zu schaffen.
3. Für zur Bewilligung anstehende oder zu beantragende Maßnahmen werden bei Bedarf Erklärungen gegenüber der Fördermittelstelle abgegeben, dass die Aufnahme in der Haushaltsplanung 2018 gesichert wird.
4. Zur Erarbeitung einer städtebaulich-freiräumlichen Konzeption für den Schwerpunktbereich Stadteingang Ost – Muldebalkon wird eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe unter Leitung der Beigeordneten für Stadtentwicklung und Umwelt eingerichtet.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

Herr Grünthal, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verließ vor der Abstimmung zur Beschlussvorlage die Sitzung.

8.11 Ersatzneubau der Muldebrücke (BW 11) im Zuge der B 185
Genehmigung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung
Vorlage: BV/230/2017/III-66

Herr Adamek bat darum, mit Vergaben allgemein künftig etwas sensibler heranzugehen, damit solche horrenden Nachzahlungen nicht mehr zustande kommen. Des Weiteren stört ihn nach wie vor, dass es aus der zurückgestellten Summe für die Sporthalle des Gropius-Gymnasiums mitfinanziert wird. Man kommt nicht umhin, diese Zahlung vorzunehmen, dennoch sei es schmerzlich. Es sollte geprüft werden, wie die Vergaben aufgestellt werden und ob das Verfahren im Rahmen der Möglichkeiten sensibilisiert werden kann, da es nicht die erste nachzulegende Summe ist.

Herr Schönemann verwies auf die bereits im Fachausschuss erörterte Problematik des Kostenzuwachses. Bei der Betrachtung der Baupreise nach jetziger konjunktureller Lage, kann festgestellt werden, dass die Preise nicht mehr zu beherrschen sind. Die Herangehensweise, d. h. die Erstellung der Leistungsverzeichnisse, etc., muss neu bedacht werden. Das eigentliche Problem ist die gegenwärtige konjunkturelle Entwicklung, die auch jeden Fachmann überfordert. Das Fachdezernat ist jedoch auf einem guten Weg, der Entwicklung entgegenzusteuern. Es ist natürlich ärgerlich, wenn Bauvorhaben derartige Nachzahlungen mit sich bringen, aber die Brücke ist auch ein Erfolgserlebnis.

Herr Mrosek, AfD-Fraktion, schloss sich den Ausführungen von Herrn Schönemann an. Es handelt sich um eine konjunkturelle Lage; die Baupreise steigen. Er erinnerte daran, dass bei der Ausschreibung der Bauleistung Herr Oberbürgermeister Kuras und er selbst im OB-Wahlkampf standen und der Zuschlag an Firmen gefallen ist, die nicht bestbietend waren. Bestbietend war Stahlbau Dessau mit einer Partnergesellschaft. Das hatte er damals im Stadtrat angesprochen, aber ihm wurde beteuert, dass alles berücksichtigt wurde. Damals wurde das aber am Bauzeitenplan und nicht am Preis festgemacht. Er bat um schriftliche Zuarbeit, wie viele Baubehinderungsanzeigen es mit welcher jeweiligen Begründung gab und wie groß die Bauverzögerungen

rung war. Er gibt Herrn Adamek Recht, dass die Geldaufwendung notwendig ist, aber es müsse eine Ursachenforschung betrieben werden.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erklärte, dass er bereits im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt darauf hingewiesen hat, dass die Beschlussvorlage für einen Stadtrat sehr kompliziert zu lesen ist. Nachdem auch andere damit Probleme hatten, ist seitens des Tiefbauamtes ein Ergänzungsblatt ausgereicht worden, welches zumindest einen Teil aufklärt. Es ist unstrittig, dass der Beschluss gefasst werden muss. Er wünscht sich allerdings, dass die in der Anlage versteckte Spanne der Eigenmittel, welche abhängig von den zu genehmigenden Fördermitteln ist, im Beschlusstext mit erwähnt und beschlossen wird. Ansonsten werde diese überlesen – vielleicht ist dies das Ziel, was jedoch nicht in Ordnung wäre.

Beschluss:

Die Genehmigung der überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von **2.390.000 €** für den Ersatzneubau der Muldebrücke wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 30:00:10

**8.12 Änderung der Satzung zur Förderung des Ausbildungsverkehrs in
der
Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/235/2017/III-66**

Beschluss:

Die Neufassung der Satzung zur Förderung des Ausbildungsverkehrs in der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

Anschließend schloss **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** den öffentlichen Teil und stellte um 20:14 Uhr Nichtöffentlichkeit her.

11 Schließung der Sitzung

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm schloss die Sitzung um 21:12 Uhr.

Dessau-Roßlau, 08.12.17

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer

